



Niedersächsische Landesregierung

Leistungsbilanz 2003 – 2008



Versprochen

Gehalten

-
- Sanierung des Landeshaushalts
Nettokreditaufnahme von 2,8 Mrd. Euro auf 950 Mio. Euro reduziert. 2008 wird Nettokreditaufnahme auf 600 Mio. Euro gesenkt – das sind 80% weniger als zum Regierungsantritt. Zugleich die niedrigste Nettokreditaufnahme seit 35 Jahren. Kreditfinanzierungsquote von 2003 bis 2007 von 12,8% auf 4% zurückgeführt. 2007 erstmals wieder verfassungsgemäßen Haushalt.
-
- 2.500 zusätzliche Lehrerstellen
Vollzeitlehrer-Planstellen um 2.500 aufgestockt; mehr als 15.000 neue Lehrkräfte von 2003 bis August 2007 eingestellt.
-
- 1.000 zusätzliche Polizisten
700 zusätzliche Polizeianwärter eingestellt, bis zu 200 Polizeibeamte zusätzlich im Vollzugsdienst durch Übernahme von Verwaltungskräften. Zum 01.10.2008 werden weitere 100 zusätzliche Polizeianwärter eingestellt. Darüber hinaus 160 Polizeibeamte aus anderen Ländern übernommen.
-



Versprochen

Gehalten

- Investitionen in Krankenhäuser
480 Mio. Euro zur Zukunftssicherung der Krankenhäuser investiert. Von 2008 bis 2010 wird ein Krankenhausinvestitionsprogramm in Höhe von 360 Mio. Euro finanziert.
-
- Abschaffung der Orientierungsstufe
553 OS zum Schuljahr 2004/2005 aufgelöst. 13.332 Lehrkräfte der OS erfolgreich in die Kollegien der weiterführenden Schulen integriert.
-
- Schaffung eines Innovationsfonds
Die Mittel des in 2007 eingerichteten Innovationsfonds zur Stärkung der Wirtschaftskraft Niedersachsens und zur Schaffung von zukunftsfähigen Arbeits- und Ausbildungsplätzen werden von heute 32 Mio. Euro bis 2011 um jährlich 20 Mio. Euro auf dann insgesamt 100 Millionen Euro Stiftungsvermögen aufgestockt.
-



Versprochen

Gehalten

- Mehr Arbeits- und Ausbildungsplätze

Seit letztem Jahr gehen 50.000 Niedersachsen mehr einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach als noch im Jahr davor. Die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge ist im Vergleich zum Vorjahr um 5,3 % gestiegen. Niedersachsen liegt damit deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Im Februar 2007 wurde der Niedersächsische Pakt für Ausbildung für die Jahre 2007 bis 2009 abgeschlossen.

- Ausbau der Infrastruktur

JadeWeserPort: Mit dem Betreibervertrag aus dem letzten Jahr sowie dem Planfeststellungsbeschluss der Wasser- und Schifffahrtsdirektion vom März 2007 sind wichtige Voraussetzungen für die Bauphase geschaffen worden.

Bau und Planung leistungsfähiger Autobahnen wurden weiter vorangetrieben:

A 31: Emslandautobahn fertig gestellt.

A 22: Vorzugstrasse ermittelt.

A 39: Raumordnungsverfahren kurz vor dem Abschluss.



Gliederung

- Niedersächsische Staatskanzlei
- Niedersächsisches Finanzministerium
- Niedersächsisches Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
- Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport
- Niedersächsisches Kultusministerium
- Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur
- Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit
- Niedersächsisches Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
- Niedersächsisches Umweltministerium
- Niedersächsisches Justizministerium



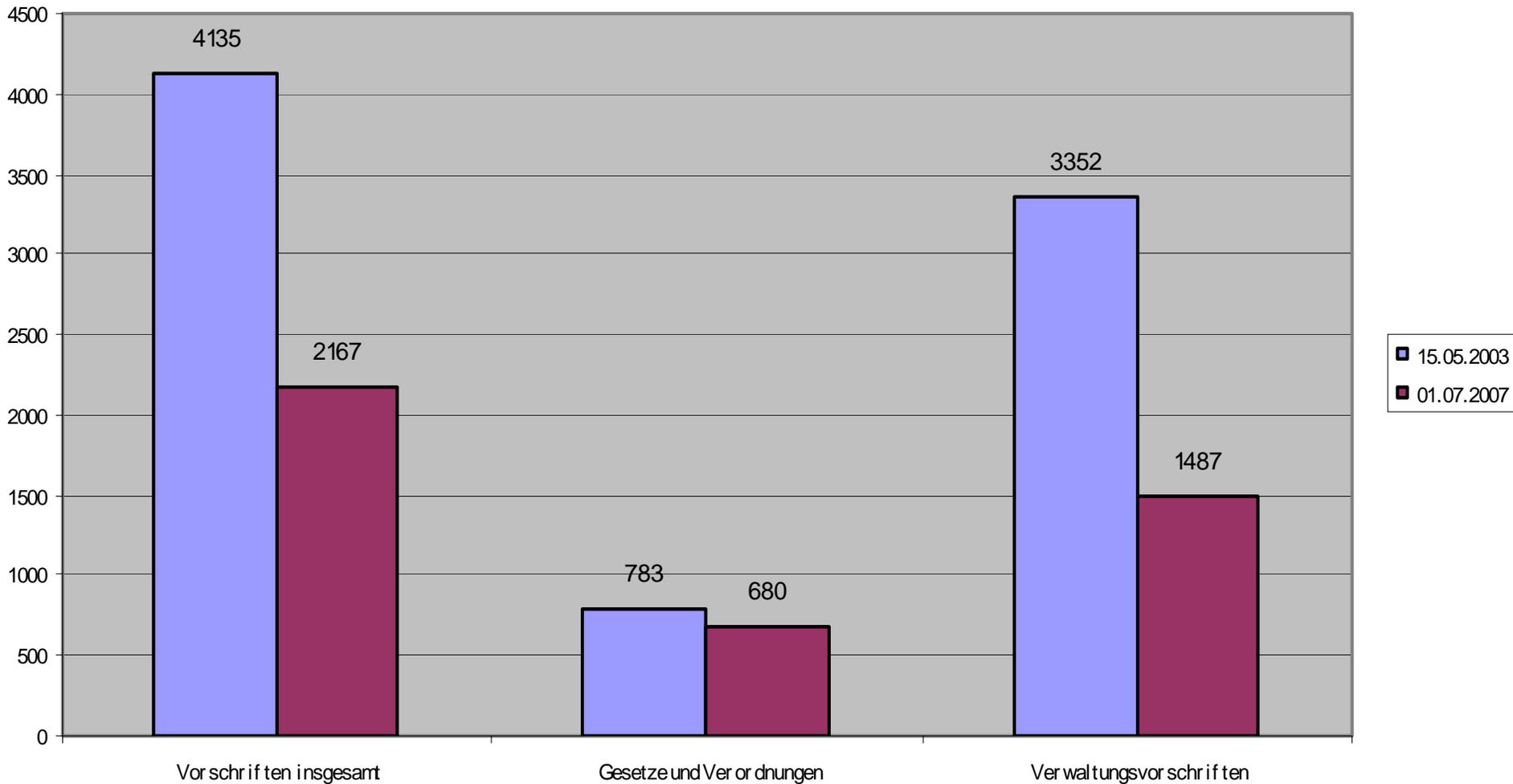
Niedersächsische Staatskanzlei

Bürokratieabbau/Deregulierung

- Niedersachsen ist auf dem richtigen Weg: Erster Platz!
2.500 Unternehmen haben Niedersachsen laut einer Befragung des Instituts der deutschen Wirtschaft im Juni 2007 auf dem **ersten Platz als „bürokratiearmes Land“** platziert:
Wir zeichnen uns durch wirtschaftsnahe Politik und flexible Verwaltungen aus!
- Vorschriftenbestand um mehr als 47 % abgebaut
Mai 2003 = 4.135 Vorschriften, Juli 2007 = 2.167 Vorschriften
kontinuierliche Bestandüberprüfungen
- Modellkommunen-Gesetz
5 Modellkommunen proben für 3 Jahre eigene Handlungsspielräume
durch „weniger“ Landesrecht. Der Modellversuch wird wissenschaftlich begleitet;
der Abschlussbericht wird im März 2009 vorgelegt werden.
- Standard-Kosten-Modell
Messung der Bürokratiekosten der Wirtschaft durch Informationspflichten -
länderübergreifende Pilotprojekte LBauO und SKM-Scan des gesamten Landesrechts
- Moderne Regulierung
Unser Motto: Nur regeln, was nötig, nicht was möglich ist! Mit Aspekten der „Modernen
Regulierung“ wird unsere sehr gute Regulierungsqualität noch besser werden.



Gesetze und Verordnungen in Niedersachsen





Medien

- **Medienstandort Niedersachsen attraktiv wie nie zuvor**

RTL-Shop ist 2006 von Köln nach Hannover umgezogen, „X-Filme International“ wurde in Wolfsburg gegründet, in Lüneburg entsteht die erste und bislang einzige erfolgreiche norddeutsche Telenovela „Rote Rosen“ in der Studio Hamburg Traumfabrik Niedersachsen GmbH.

- **Film- und Medienförderung auf Erfolgskurs**

50 nordmedia-geförderte Filmproduktionen gewinnen 150 Preise (Stand Mitte 2007); jährlicher HighDefinition-Workshop der nordmedia einmalig in Europa

- **Niedersachsen vorn beim digitalen Antennenfernsehen**

DVB-T seit Mai 2004 in Niedersachsen
DVB-T damit erstmals in Deutschland in der Fläche
Versorgungsgrad von 90 % der Niedersachsen in 2008 geplant (2007 bereits 85% erreicht).

- **Handy-TV (DVB-H) auch in Niedersachsen**

Niedersachsen treibt Einführung des mobilen Fernsehens voran

- **Landesmediengesetz zeitgemäß weiterentwickelt**

Landesmedienanstalt hat mit Neuordnung der Versammlung effizientere Strukturen erhalten

Mehr Niedersachsen im NDR

- Novellierter NDR-Staatsvertrag betont regionale Vielfalt im Programm
- Zusätzliche TV-Sendeleiste 18.15 – 18.45 Uhr aus den Landesfunkhäusern - Planung und Koordinierung in Hannover, einheimische Produzenten profitieren von neuen Auftragsproduktionen
- Talk mit Tietjen – die beliebte Talkshow sendet live aus Hannover
- Erfolgsstory „Rote Rosen“ - Telenovela aus Lüneburg beschert der ARD Traumquoten
- Hallo Niedersachsen – Aktuelles aus dem Land werktags bereits um 18.00 Uhr im NDR-Fernsehen
- Niedersachsen 19.30 Das Magazin - zusätzliche Berichte über das aktuelle Geschehen im ganzen Land
- NDR 1 Niedersachsen – das erfolgreiche Radiolandesprogramm mit noch mehr aktuellen Informationen aus den Regionen
- Reporterpool der Hörfunkzentralprogramme – NDR 2 und NDR Info berichten häufiger als früher aus Niedersachsen als größtem Staatsvertragsland des NDR

nordmedia

- 2006 entstanden 41 Produktionen im Fördergebiet, 25 Auszeichnungen gingen an 17 nordmedia-geförderte Produktionen.
- Herausragende Filmprojekte: mit einem Silbernen Bären ausgezeichneten Kinofilm „YELLA“ von Christian Petzold, TV-Movies wie „Mein alter Freund Fritz“ von Dieter Wedel, der von teamworx produzierte Zweiteiler „Die Flucht“.



Bundesrat

Niedersachsens Stimme im Bundesrat hat wieder Gewicht: über 70 Initiativen im Bundesrat eingebracht

Beispiele:

- Verordnung über die freiwillige Teilnahme von jungen Fahrerinnen und Fahrern an einem Modellversuch „Begleitetes Fahren ab 17“
- Änderung des Gaststättengesetzes
- Novellierung des Hochschulrahmengesetzes
- Bekämpfung von Jugenddelinquenz
- Zusammenlegung der Verwaltungs-, Sozial- und Finanzgerichtsbarkeit
- Gesetz zur Verbesserung von Fusionsprozessen von Krankenkassen
- Bundesratsinitiative zur Reform des Gerichtsvollzieherwesens



Föderalismuskommission I

- **Entflechtung der Gesetzgebungskompetenzen:** klare politische Verantwortlichkeiten hergestellt.
- **Mehr Freiraum für Länder geschaffen:** Länder können von den Vorgaben des Bundes abweichen.
- **Mehr Bürgernähe:** regional spezifische Belange finden stärkere Berücksichtigung.



Ministerpräsidentenkonferenz

Niedersachsen hat im Herbst 2006 für ein Jahr den Vorsitz der Ministerpräsidentenkonferenz übernommen. In diesem Jahr hat Niedersachsen viel erreicht.

- **Unterkunftskosten für die Kommunen**
Auf Drängen der Länder hat der Bund seine Beteiligung an den von den Kommunen zu tragenden Kosten von 29,1% auf 31,8% erhöht. Damit stehen für die Kommunen jährlich rd. 4,3 Mrd. Euro für Unterkunftskosten bereit.
- **Länderbeitrag zum Nationalen Integrationsplan**
Die Länder haben sich erstmals zu den wesentlichen Handlungsfeldern der Integrationspolitik auf gemeinsame Ziele und Strategien verständigt. Besondere Bedeutung hat hier der Bildungsbereich.
- **Hochschulpakt 2020**
Bund und Länder haben den Hochschulpakt 2020 beschlossen. Bis 2010 wird Niedersachsen zusätzlich 11.200 Studienanfängerplätze schaffen. Dafür investieren Bund und Niedersachsen bis 2010 jeweils 53,7 Mio. Euro.



Norddeutsche Kooperation

(Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein)

- Gemeinsame Beschaffungen im Bereich der Polizei über das Logistik Zentrum Niedersachsen.
- Für eine Verbesserung der maritimen Gefahrenabwehr wurde zusammen mit dem Bund das Maritime Sicherheitszentrum in Cuxhaven eingerichtet.
- Gemeinsame Vorhaben zur Förderung einer positiven wirtschaftlichen Gesamtentwicklung in den Bereichen Luft- und Raumfahrt, Windenergie, Alternative Antriebe und Ernährungswirtschaft vereinbart.
- Wissenschaftslandschaft gestärkt: Zahlreiche Aktivitäten zur besseren Abstimmung und Konzentration in Forschung und Lehre angestoßen.
- Die Ministerpräsidenten der norddeutschen Länder haben ein gemeinsames Vorgehen bezüglich der Finanzierung der erforderlichen Maßnahmen zum Küstenschutz gegenüber dem Bund vereinbart.
- Die Ministerpräsidenten der norddeutschen Länder setzen sich gegenüber dem Bund für eine bessere Hinterlandanbindung für die boomenden Häfen ein. Der Norden soll bei den Verkehrsinfrastrukturinvestitionen entsprechend seiner wichtigen Funktion als eines der bedeutendsten Logistikzentren in Europa angemessen berücksichtigt werden.



Europa

Niedersachsen hat in der Regional- und Strukturpolitik der EU für den Zeitraum 2007 - 2013 viel erreicht

- Das Land erhält von der EU in der Förderperiode 2007 - 2013 für die Zielgebiete 1 und 2 Fördermittel i. H. v. 2,5 Mrd. Euro. Dazu kommen Mittel für die territoriale Zusammenarbeit mit anderen europäischen Regionen. Damit ist das EU-Mittelvolumen um rd. 800 Mio. Euro höher als in dem abgelaufenen Förderzeitraum.
- Die Landesregierung hat sich für die Einbeziehung privater Mittel bei der Gegenfinanzierung von EU-Projekten erfolgreich eingesetzt und die Fortsetzung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit den niederländischen Grenzregionen erreicht.

Niedersachsen hat seine Interessen in Europa durchgesetzt

bei der **europäischen Chemiepolitik (REACH)**

- wettbewerbspolitische Nachteile für kleine und mittlere Unternehmen wurden vermieden und
- die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen gewahrt;

für die **Automobilindustrie** mit der

- nachhaltigen Sicherung des Standortes Deutschland bei gleichzeitiger
- Einführung neuer Abgaswerte zur Verbesserung des Klimaschutzes;



Niedersachsen hat seine Interessen in Europa durchgesetzt

Mit der **Ablehnung der Richtlinie für Hafendienstleistungen (port package-Richtlinie)** wurden

- gravierende wettbewerbspolitische Nachteile, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen, verhindert,
- Arbeitsplätze in den heimischen Häfen erhalten.

Mit der **Neugestaltung der Gemeinsamen Marktordnung Zucker** wurden

- gravierende Erlöseinbußen für Landwirte vermieden,
- der Einkommensausgleich für die Zuckerrübenanbauer angehoben und
- der Anpassungszeitraum für Landwirte verlängert.

Mit der **Dienstleistungs-Richtlinie** konnten

- gewachsene Strukturen in einzelnen Dienstleistungssektoren stabilisiert und
- hohe soziale Standards gehalten werden.

Im Rahmen des Vertragsverletzungs- und Klageverfahrens in Sachen VW-Gesetz konnte

- bisher eine vollständige Aufhebung des VW-Gesetzes verhindert werden.



Niedersachsen hat seine Interessen in Europa durchgesetzt

Für die künftige **EU-Energiepolitik** fordert die Landesregierung in Brüssel:

- Ausweitung der Energieanteile aus regenerativen Quellen,
- Einbeziehung der CO₂ Hauptemittenten USA und China in die Weiterentwicklung des Kyoto-Protokolls,
- Überdenken der Rolle der Kernenergie in der EU und
- Diversifizierung der Energietransportwege.

Niedersachsen konnte vor dem Europäischen Gerichtshof Zwangsgelder in Millionenhöhe verhindern

Der von der SPD-Landesregierung zu verantwortende EU-rechtswidrige Abfallentsorgungsvertrag zwischen Braunschweig und der BKB konnte einvernehmlich aufgelöst werden. Der neu geschlossene Vertrag bescherte den Bürgern nicht nur niedrigere Müllgebühren, sondern vermied auch Zwangsgelder i. H. v. 126.000 Euro täglich für das Land.



Internationalisierung des Landes Niedersachsen vorangetrieben

- **Delegationsreisen von Ministerpräsident und Wirtschaftsminister zu wichtigen Außenhandelspartnern** (u. a. Russland, Mittlerer Osten, China, Japan, Vietnam, Indien und in die neuen EU-Beitrittsstaaten)
- Erfolgreiche **Niedersächsische Außenwirtschaftstage** und **internationale Konferenzen** (z.B. EU-Erweiterung 2004, Golfstaaten 2006, Maghreb 2007) durchgeführt
- **Internationales Netz der Repräsentanzen und der Firmenpools ausgebaut** (z.B. in Moskau und Shanghai sowie Firmenpools in Moskau und Atlanta/USA)
- **Beziehungen zu den Partnerregionen gestärkt**
- Landesweite Informationskampagne „**Fit für Europa**“ durchgeführt



Verantwortungspartnerschaft zwischen dem Land Niedersachsen und der Stadt Cuxhaven – eine Bilanz des Erfolgs

- Mit der Errichtung einer Schwerlastplattform, ein für Offshore-Projekte spezialisiertes Wasserbauwerk, wurde im Juni 2006 begonnen; Fertigstellung erfolgt in der 2. Jahreshälfte 2007.
- Die DEWI-OCC GmbH steht als Zertifizierungseinrichtung der Windkraftindustrie für diverse Dienstleistungen bundesweit zur Verfügung.
- Auf einem Testfeld für Offshore-Prototypanlagen sind fünf Standorte für die Entwicklung und Erprobung von Offshore-Windenergieanlagen vergeben worden.
- Ein spezieller Entlade- und Verladekai (Offshore-Anleger) für Gründungsstrukturen und Türme von Offshore-Windenergieanlagen wird errichtet. Fertigstellung in 2009.
- Als erster Nutzer siedelt sich die Cuxhaven Steel Construction GmbH (CSC) an, die im Auftrag der BARD Engineering GmbH Komponenten und Teilsektionen für 80 Offshore-Gründungsstrukturen pro Jahr fertigen wird. Das bedeutet mittelfristig 600 neue Arbeitsplätze.
- Der „alte Fischereihafen“ bleibt erhalten und wird als Tourismusmagnet ausgebaut. Für die Sicherstellung des Hochwasserschutzes wird das Hafensperrwerk ausgebaut.



IdeenExpo 2007 in Hannover

- **Deine Ideen verändern** – das war das Motto der IdeenExpo 2007. Ziel: Kinder und Jugendliche für Technik begeistern.
- Ein **Technik-Event mit Erlebnischarakter** und Mitmach-Aktionen.
- Mit einem **Schulwettbewerb** auf Ideenfang – die 20 besten Exponatideen von Schulteams werden ausgestellt.
- **IdeenWelten** - als Themenfelder werden Mobilität, Kommunikation, Energie & Produktion sowie Leben & Umwelt präsentiert.
- **Rund 100 Aussteller** mit 150 Exponaten sind Unternehmen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen sowie Schulen aus ganz Niedersachsen.
- Die **niedersächsische Wirtschaft** unterstützt großzügig die Veranstaltung; rund 165.000 Besucher wurden gezählt.
- Die Veranstaltung ergänzt in besonderer Weise die **Innovationskampagne des Landes Niedersachsen**.

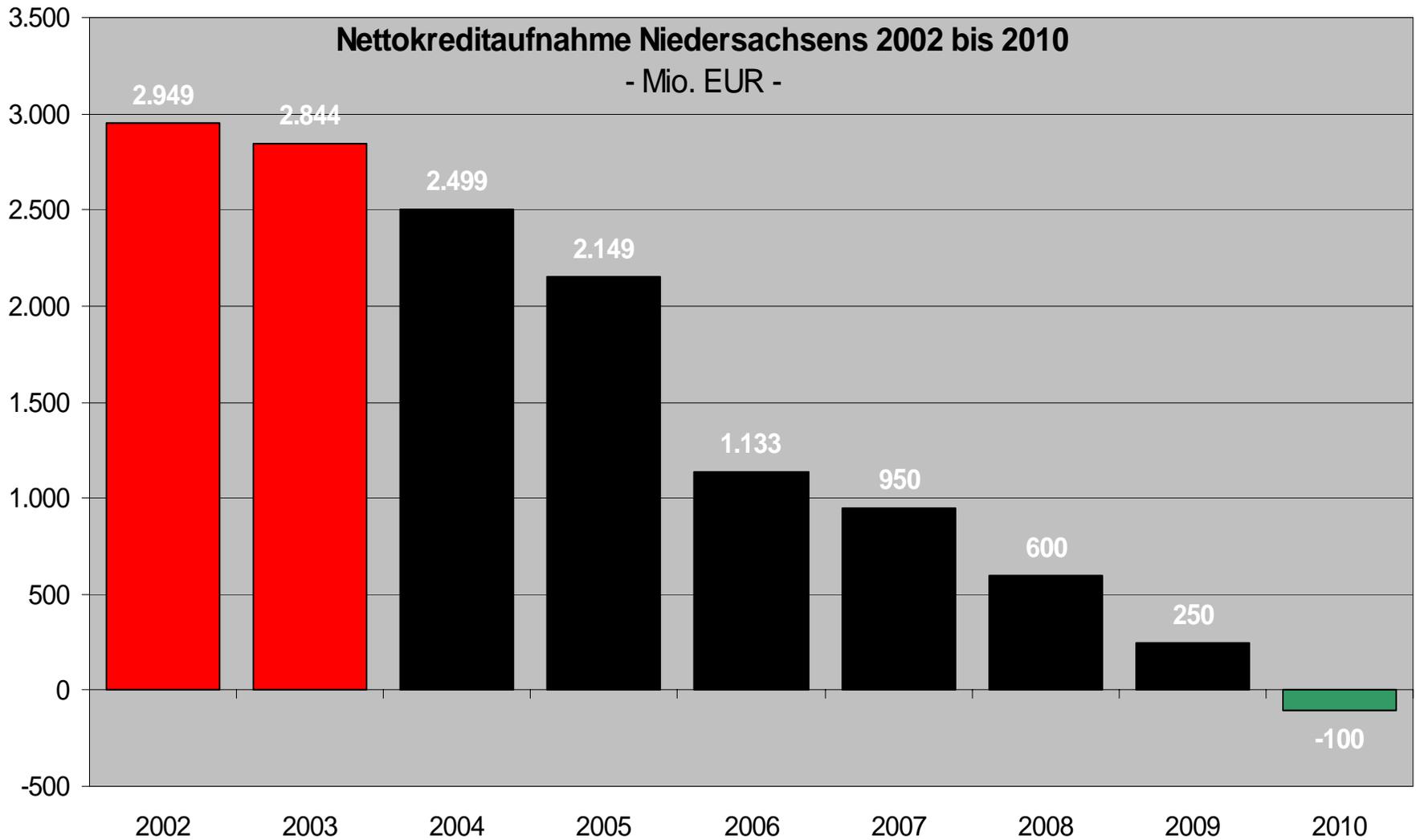


Niedersächsisches Finanzministerium



Haushaltskonsolidierung

- **Senkung der Nettokreditaufnahme** von 2,8 Mrd. EUR (2003) auf 950 Mio. EUR (2007) und 600 Mio. EUR (2008), also um 80 %.
- **Rückführung der Kreditfinanzierungsquote** im Zeitraum von 2003 bis 2007 von 12,8 % auf 4 % (niedrigste seit 1973).
- Voraussichtlich 2010: Erstmals seit Bestehen des Landes **Tilgung von Schulden**.





Haushaltskonsolidierung bei Personalkosten

- Umsetzung **Zielvereinbarung I** (2003 – 2007): Haushaltsentlastung von 99,6 Mio. EUR jährlich.
- Umsetzung der Zielvorgaben zum Stellenabbau **Zielvorgabe II**: Von 6.743 Stellen bzw. Stellenäquivalenten sowie Beschäftigungsmöglichkeiten im Tarifbereich sind bis einschließlich Haushaltsplan 2007 bereits 4.098 abgebaut. Durch den Haushaltsplanentwurf 2008 werden weitere 956 in Abgang gestellt. Dadurch ergibt sich ab Haushaltsjahr 2008 eine jährliche Haushaltsentlastung von 214,9 Mio. EUR.
- **Kumulierte Einsparungen** der Haushaltsjahre 2003 bis 2010 durch ZV I und ZV II: rd. 1,6 Mrd. Euro.



Niedersächsisches Sparkassengesetz

- Mit dem Niedersächsischen Sparkassengesetz wurde Sparkassenordnung entbehrlich. Zusätzlich: Durch Wegfall einer Vielzahl von Genehmigungsvorbehalten der Sparkassenaufsichtsbehörde wurde wichtiger Beitrag zur Deregulierung geleistet.
- Mit Sparkassengesetz die Strukturen der Sparkassen an die moderner Finanzdienstleistungsunternehmen angepasst.
- Position der Kommunen gestärkt. Denn: Es wurde mit Hilfe des Gesetzes klar gestellt, dass Kommunen Eigentümer ihrer Sparkasse sind.



Nord/LB

- 2005 entfielen Anstaltslast und Gewährträgerhaftung – dies machte Neuausrichtung der Nord/LB notwendig.
- Einführung eines neuen Geschäftsmodells trägt ebenso zum Erfolg bei wie die angemessene Eigenkapitalausstattung der Nord/LB, für die das Land in den letzten anderthalb Jahren knapp 1,4 Milliarden Euro bereit gestellt hat.
- Mit der Neuordnung der Nord/LB ging auch eine Umstrukturierung der Trägerverhältnisse einher. Länder und Sparkassenverbände sind nun zu jeweils 50 % und damit gleichberechtigt beteiligt.
- Maßnahmen sind am Kapitalmarkt äußerst positiv aufgenommen worden, was an dem hervorragenden Rating der Nord/LB im „A“ Bereich deutlich wird.



Privatisierung der Osthannoversche Eisenbahnen AG (OHE)

- Mit Verkauf der vom Land an der Osthannoversche Eisenbahn AG gehaltenen Aktien Privatisierung erfolgreich umgesetzt.
- Trotz hoher auferlegter Verpflichtungen (Erhalt von Arbeitsplätzen und Schieneninfrastruktur, Stärkung bestehender Standorte), konnte ein leistungsfähiger und zuverlässiger Mehrheitsaktionär gewonnen werden. Dieser steht für eine zukunftsorientierte Weiterentwicklung des OHE-Konzerns ein.
- Wegfall von Verlustausgleichszahlungen und der erzielte Kaufpreis von rund 14 Mio. Euro haben einen Beitrag zur Konsolidierung des Landeshaushalts geleistet.



Staatliches Baumanagement Niedersachsen

Strukturreform

- Bildung von 8 Regionalbereichen (aus 18 Ämtern).
- Schaffung wirtschaftlich arbeitender Organisationseinheiten mit stabilem Aufgabenbestand und hoher baufachlicher Kompetenz; gleichzeitig konnten Stelleneinsparungen realisiert werden.
- Erhöhung der Produktivität, Senkung der Kosten.
- Durchführung der Bauprojekte von Land, Bund und Dritten in Niedersachsen.
- Konzentration auf die Wahrnehmung der Kernaufgaben eines staatlichen Bauherrn: Auftragsvergabe, Vertragsmanagement, Koordination und Steuerung.



Niedersächsisches Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr



Wirtschaftsentwicklung Niedersachsen

- **BIP-Wachstum:** Niedersachsen auf Platz 2 im Länderranking der westdeutschen Bundesländer im Zeitraum 2004 bis 2006:
BIP-Wachstum 2002: - 0,7 %, 1. Halbjahr 2007: + 2,5 %
- **Export:** Noch nie waren niedersächsische Unternehmen so erfolgreich am Weltmarkt:
Exportwachstum 2002: +0,4 %, 1. Halbjahr 2007: +11,5 %
- **Konjunkturklima:** IHK-Konjunkturklimaindex über dem Hoch des Jahres 2000
IV. Quartal 2002: 71 Punkte, III. Quartal 2007: 116 Punkte
- **Gründerdynamik:** Gründergeschehen seit 2002 mehr als verdoppelt:
Saldo 2002: 7.575, Saldo 2006: 16.301 – Niedersachsen hat zweithöchste Gründerdynamik unter allen Bundesländern
- **Industrie:** Umsatzwachstum in der Industrie auf Rekordniveau:
2002: - 3,0 %, 1. Halbjahr 2007: + 7,8 %

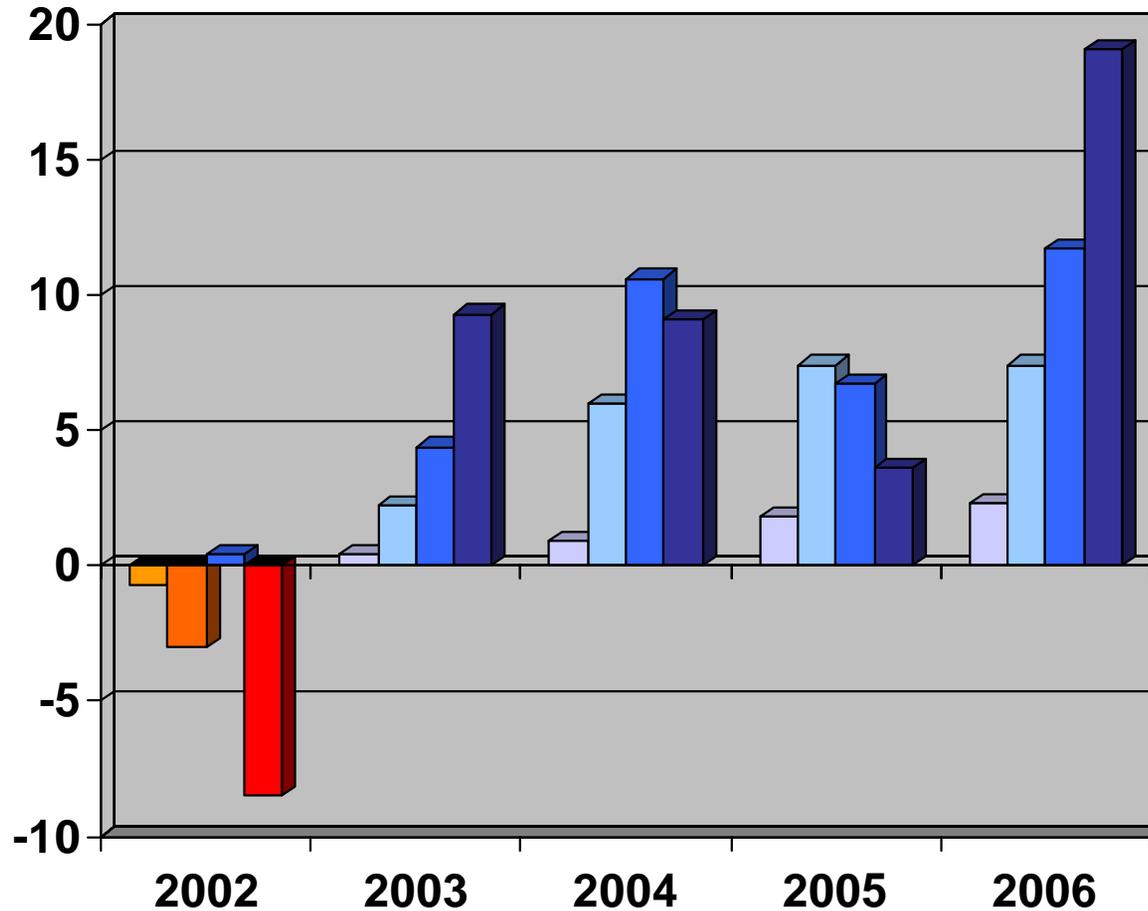


Bundesländerranking der IW Consult Köln, Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft und der Wirtschaftswoche

Niedersachsen auf dem Treppchen!

- **Platz 1** bei „Bürokratieabbau“ (2007) und „öffentliche Verwaltung“ (2006)
- **Platz 2** bei BIP-Wachstum (2004-2006) und Gründungsintensität (2005)
- **Platz 3** beim Ausbildungsplatzangebot (2006)

Niedersachsen im Aufwind





Der NISAX20®

- Niedersächsischer Aktienindex (NISAX20®) bildet seit 2002 die Entwicklung der 20 wichtigsten börsennotierten Unternehmen Niedersachsens ab.
 - Unternehmen haben ihren Sitz an 13 Standorten in Niedersachsen, an denen rund 140.000 Beschäftigte tätig sind.
 - Der NISAX20® hatte seinen historischen Tiefstand im ersten Jahr 2002 mit 485,95 Punkten.
 - NISAX20® entwickelt sich seit 2005 deutlich besser als der DAX. Den bisherigen Höchststand erreichte der NISAX20® am 23.05.2007 mit 2.527,78 Punkten.
-



Performancevergleich wichtiger Indices

	% seit 15.05.2002
SDAX	161,72%
NISAX20	152,35%
MDAX	145,23%
CDAX	68,27%
DAX 30 Perf.	52,51%
BAYX 30	36,48%
DAX 30 Kurs	33,74%
TEC DAX ALL	29,11%
TEC DAX	6,49%

Quelle: NORD/LB Research, Reuters



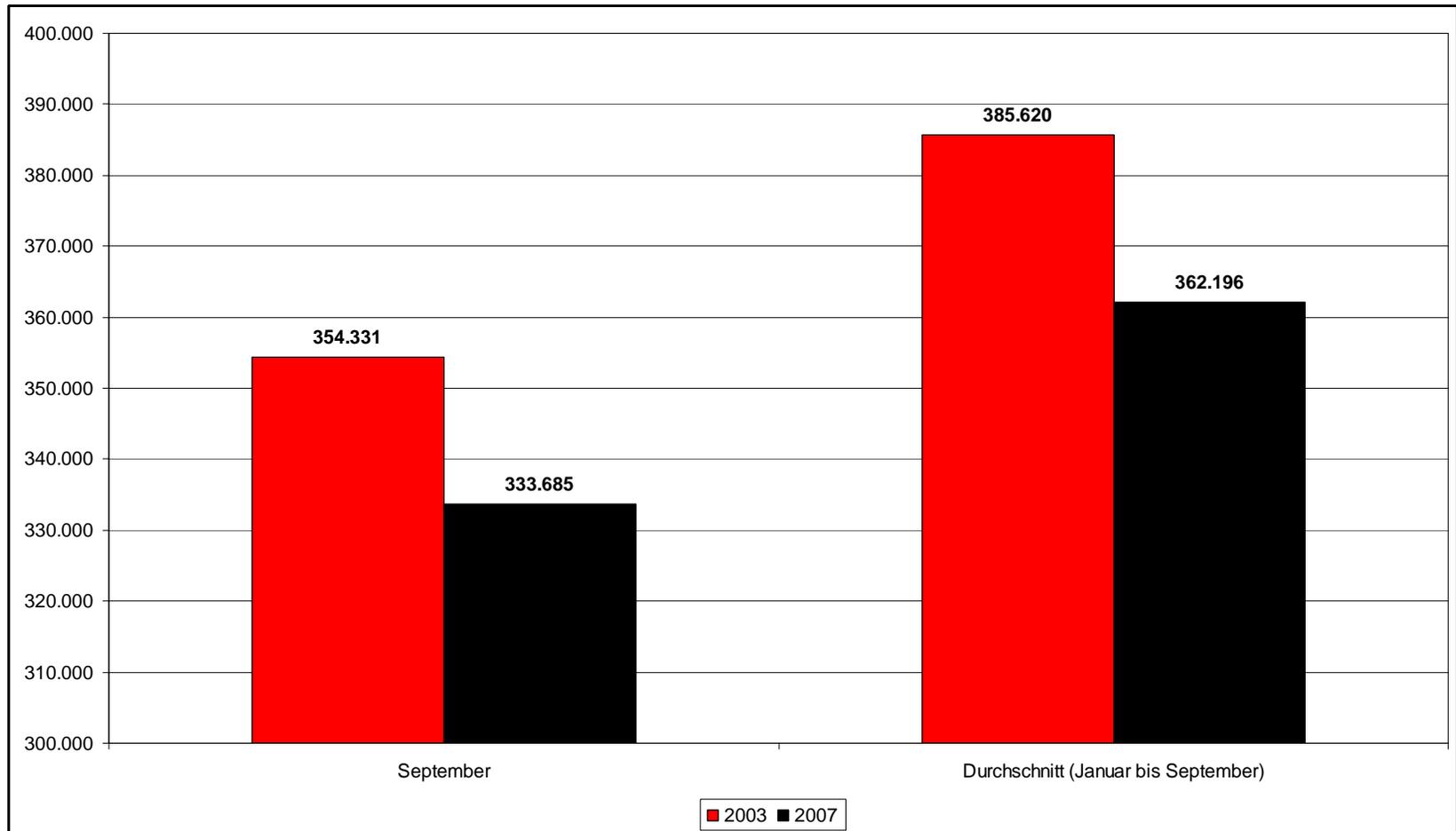
Arbeitsmarktpolitik

Erster Arbeitsmarkt zuerst

- Mit dem Niedersachsen-Kombi bis August 2007 rund **2.600 Arbeitsplätze geschaffen** und wichtigen Beitrag zum Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit geleistet.
- **Niedersächsischen Pakt für Ausbildung mit Kammern, Verbänden und Regionaldirektion geschlossen:** mit +1,4 % (Bund -0,4 %) positive Entwicklung des Ausbildungsplatzangebotes von 2004 bis 2006 (Platz 4 im Bundesländer-Ranking); seit 2004 jedes Jahr zwischen 6.700 und 8.500 neu geworbene Ausbildungsplätze.
- **Programm „Zusätzliche Ausbildungsplätze in Ziel 2-Gebieten“:** bis 2005 rund 900 zusätzliche Plätze geschaffen;
- **Programm „Stufe 2“:** Durch Zuschuss bis Ende 2006 rund 2.200 Jugendliche mit Ausbildung in Arbeit vermittelt;
- **Programm „2000x2500“:** Mit Personalkostenzuschüssen werden ab Mitte 2007 zusätzliche Ausbildungsplätze für Altbewerber und Jugendliche mit schlechtem oder ohne Schulabschluss gefördert.

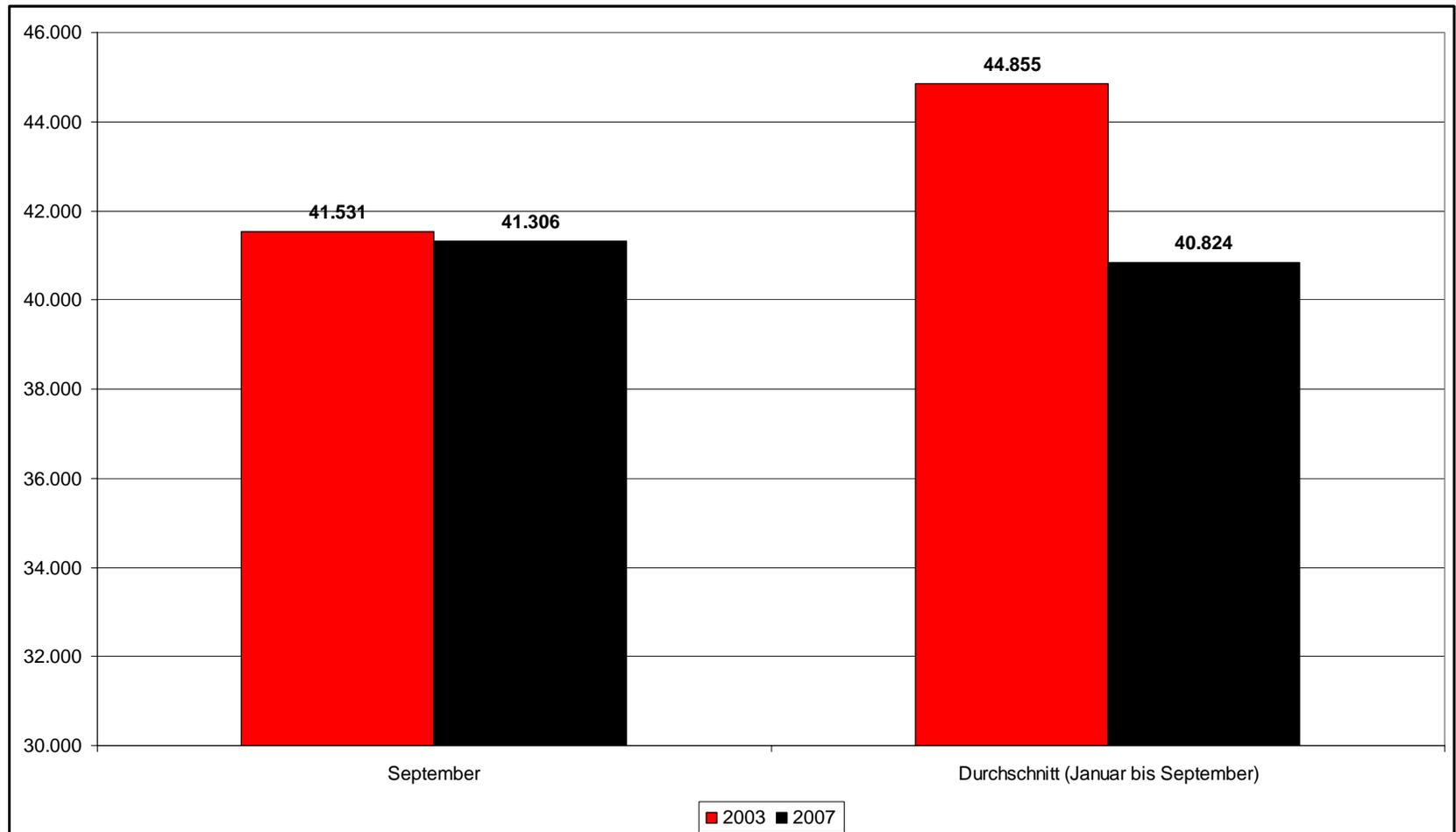


Zahl der Arbeitslosen in Niedersachsen





Jugendarbeitslosigkeit in Niedersachsen





Dynamische Aufwärtsentwicklung bei Dienstleistungen

Dienstleistungswirtschaft auch für Niedersachsen immer bedeutsamer:

2006 waren fast 2/3 aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten bzw. über 72% aller Erwerbstätigen in diesem Sektor tätig. Sie erwirtschafteten dabei fast 67 % der Bruttowertschöpfung des Landes.

Beispielhafte Projekte, die diese Entwicklung unterstützen:

- **Stärkung des Finanzdienstleistungsstandortes Niedersachsen:** Förderung des Kompetenzzentrums Versicherungswirtschaft GmbH sowie eine Partnerschaftsvereinbarung von MW, MWK und der hannoverschen Versicherungswirtschaft.
- **WiN - Dienstleistungsinitiative Niedersachsen:** Initiative für kleine und kleinste Unternehmen. Ziel: Unternehmen mithilfe speziell entwickelter Kommunikations-, Veranstaltungs- und Wettbewerbsformate für Zukunftschancen zu sensibilisieren.



Innovationspolitik

Elf erfolgreiche Beispiele

1. Paradigmenwechsel in der Innovationspolitik
 - Neue Finanzierungsstruktur mit Zukunfts- und Innovationsfonds sowie Innovationsstiftung
 - Optimierter Dreiklang zwischen Strategiekompetenz des MW, Technologiekompetenz des Innovationszentrums und Finanzierungskompetenz der NBank
2. Innovationspolitik konsequent auf den Mittelstand ausgerichtet
 - Über 80 % der Projektförderung im Niedersächsischen Innovationsförderprogramm gingen an KMU
 - „Innovation.Handwerk.Niedersachsen“ zur aktiven Begleitung des Strukturwandels im Handwerk
3. CFK-Valley Stade: Aufbau des europaweit einzigartigen Kompetenzzentrums für den Einsatz des neuen Leichtbauwerkstoffs im Flugzeugbau mit geschlossener Wertschöpfungskette: Unternehmensansiedlung, Produktentwicklung sowie Aus- und Weiterbildung



4. Forschungsflughafen Braunschweig: Gewinn der ersten EU-weiten Ausschreibung zur Zertifizierung des europäischen Satellitensystems GALILEO
 5. C²A²S²E: Gemeinsam vom Land, DLR und Wirtschaft finanziertes 30 Millionen-Projekt zum Aufbau eines weltweit anerkannten Kompetenzzentrums für numerische flugphysikalische Simulation
 6. Sicherheit: Gründung des Kompetenzclusters SafeTRANS in Oldenburg im Bereich sicherheitsrelevanter Steuerungssysteme in der Verkehrstechnik
 7. Umweltwirtschaft: Landesinitiative Brennstoffzelle mit über 15 Projekten, Projekte im Bereich Geothermie, Offshore-Windenergie, Wellenkraftwerke etc.
 8. Gesundheit: Allein im Jahr 2006 konnten durch das von Niedersachsen unterstützte Lifescience-Netzwerk 16 Projekte ins Leben gerufen werden
 9. Nano- und Materialinnovationen: Neuausrichtung der Unterstützung von Netzwerkaktivitäten auf den Bereich der Nanotechnologie
 10. Förderung der Innovationskultur: Gemeinsam mit der Wirtschaft positioniert sich Niedersachsen im Rahmen der Kampagne „Innovatives Niedersachsen“ bundesweit als Land innovativer Ideen und Unternehmen: „Bei uns fängt die Zukunft an.“
 11. „Celle Center of Technology Excellence“ (Hochleistungsbohren) von Baker Hughes INTEQ
-



Infrastruktur/Verkehr

- Investitionen pro Jahr von rd. 500 Mio. Euro in **Autobahnen und Bundesstraßen**. Stärkung der niedersächsischen Wirtschaft auch durch zusätzlich eingeworbene Mittel in Höhe von 40 Mio. pro Jahr (10 Mio. Euro Investitionen sichern rd. 250 Arbeitsplätze in der Bauwirtschaft).
- Verbesserte Anbindung der Regionen durch Ausbau des Autobahnnetzes:
 - **A 1:** Planfeststellungsverfahren für sechsspurigen Ausbau zwischen dem Autobahndreieck Buchholz und dem Bremer Kreuz durchgeführt.
 - **A 31:** Emslandautobahn in Rekordzeit fertig gestellt.
 - **A 22:** Planungen für die Küstenautobahn vorangebracht.
 - **A 39:** Linienplanung für die wichtige Weiterführung Wolfsburg – Lüneburg durch Raumordnungsverfahren abgeschlossen.
- **Wesertunnel** eröffnet.
- „**Begleitetes Fahren mit 17**“ ist Erfolgsmodell, das inzwischen von fast allen Bundesländern übernommen wurde.
- **Radwegebau** durch Verzicht auf Schaffung von Ausgleichsflächen erleichtert.



Infrastruktur/Verkehr

- Hafenverwaltung privatisiert: **NPorts** gegründet.
- **JadeWeserPort in Wilhelmshaven** – Vergabe an ein privates Betreiberkonsortium. Planfeststellungsverfahren im ersten Quartal 2007 abgeschlossen.
- **Stade-Bützfleth** – Erweiterung der Hafenfläche.
- **Cuxhaven** – Errichtung von Liegeplatz IV: für die Erweiterung des Europakais um einen weiteren Liegeplatz hat die Landesregierung bis 2012 Investitionsmittel in Höhe von insgesamt 26,25 Mio. Euro vorgesehen.
- **Brake** – erster Rammschlag erfolgt bei Norderweiterung des Seehafens. Zusätzlich 25 Mio. Euro bereit gestellt.
- **Emden** – Sanierung der Nesserlander Schleuse
- **Wilhelmshaven** - Ertüchtigung der Niedersachsenbrücke
- **Forschungsflughafen Braunschweig:** Für weiteren Ausbau des Avionikclusters und der Forschung im Bereich der Verkehrssicherheit beteiligt sich das Land mit 17 Millionen Euro an der Verlängerung der Start- und Landebahn.



Infrastruktur/Verkehr

- 200 Mio. Euro jährlich für die **Verbesserung des Nahverkehrs**. Ein erheblicher Teil davon wird in neue Fahrzeuge und Infrastruktur investiert:
 1. Niedersachsen verfügt über eine der modernsten Fahrzeugflotten im Schienenpersonennahverkehr.
 2. Im Rahmen des Bahnhofsprogramms werden bis Ende 2007 über die Hälfte aller niedersächsischen Bahnstationen modernisiert; von 100 Mio. Euro Gesamtinvestitionen hat das Land 85 % übernommen.
 3. Ausbau der Bahnstrecken Oldenburg – Osnabrück.
 4. S-Bahn-Verlängerung von Hamburg-Neugraben nach Stade.
 5. Ausbau Heidebahn: Erste konkrete Schritt erreicht.
- Über 50 % der Verkehre im Nahverkehr sind im **Wettbewerb** vergeben :
 1. Dadurch neue, attraktive Verkehrsangebote und deutliche Steigerung der Nachfrage bei sinkendem Zuschussbedarf.
 2. Steigerungsraten bei der Verkehrsleistung deutlich über Bundesdurchschnitt.



Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport



Regierung und Verwaltung für die Bürgerinnen und Bürger

- Wir haben die Verwaltung in Niedersachsen grundlegend und in ihrer Gesamtheit bundesweit einmalig modernisiert. Der Staat ist auf seine Kernaufgaben reduziert.
- 70 % der Landesverwaltung sind neu gestaltet. Zahl der Behörden und Dienststellen um fast 100 verringert. Vier Bezirksregierungen aufgelöst. Damit bauen wir rd. 6.700 Stellen ab. Bis Ende 2006 konnten bereits 3.400 Stellen dauerhaft gestrichen werden, mehr als 50 % der gesamten Einsparverpflichtung.
- Bundesweit an erster Stelle steht Niedersachsen mit der geringsten Bürokratie und dem flexibelsten Umgang der Verwaltung mit den Unternehmen. Niedersachsen ist mit nur noch 27,8 Beschäftigten im öffentlichen Dienst je 1.000 Einwohner bundesweit Spitzenreiter (Bundesdurchschnitt: 32,6).



Regierung und Verwaltung für die Bürgerinnen und Bürger

- Die Hälfte aller Rechtsvorschriften des Landes ist aufgehoben. Das aufwändige Widerspruchverfahren im Verwaltungsrecht ist weitgehend abgeschafft.
- Die vier neuen Regierungsvertretungen sind in dem durchgehend zweistufigen Verwaltungsaufbau in Niedersachsen Ansprechpartner der Landesregierung für die Kommunen vor Ort. Sie setzen sich zugleich länderübergreifend sowie auf Bundes- und Europaebene für Niedersachsen ein.
- Die Gewerbeaufsicht ist zum Partner der Wirtschaft geworden, indem sie mit kurzen Entscheidungswegen vor Ort unmittelbarer Ansprechpartner für die kleinen und mittleren Betriebe sowie Industrieunternehmen ist.
- Die Bertelsmann Stiftung hat den Bürokratieabbau und die Reform der Verwaltungsstrukturen in Niedersachsen als vorbildlich bewertet: „Mut und Konsequenz der Verwaltungsmodernisierung sind lobenswert und in Deutschland vorbildlich“.



Innere Sicherheit in Niedersachsen gestärkt

Polizeistärke

- Niedersachsen ist sicher – wir haben die Polizei personell verstärkt und effektiv aufgestellt. Niedersachsen hat 2007 die meisten Polizisten in der Geschichte des Landes. Wir stehen damit für die Innere Sicherheit durch unsere Polizei auf dem Land und in den Städten.

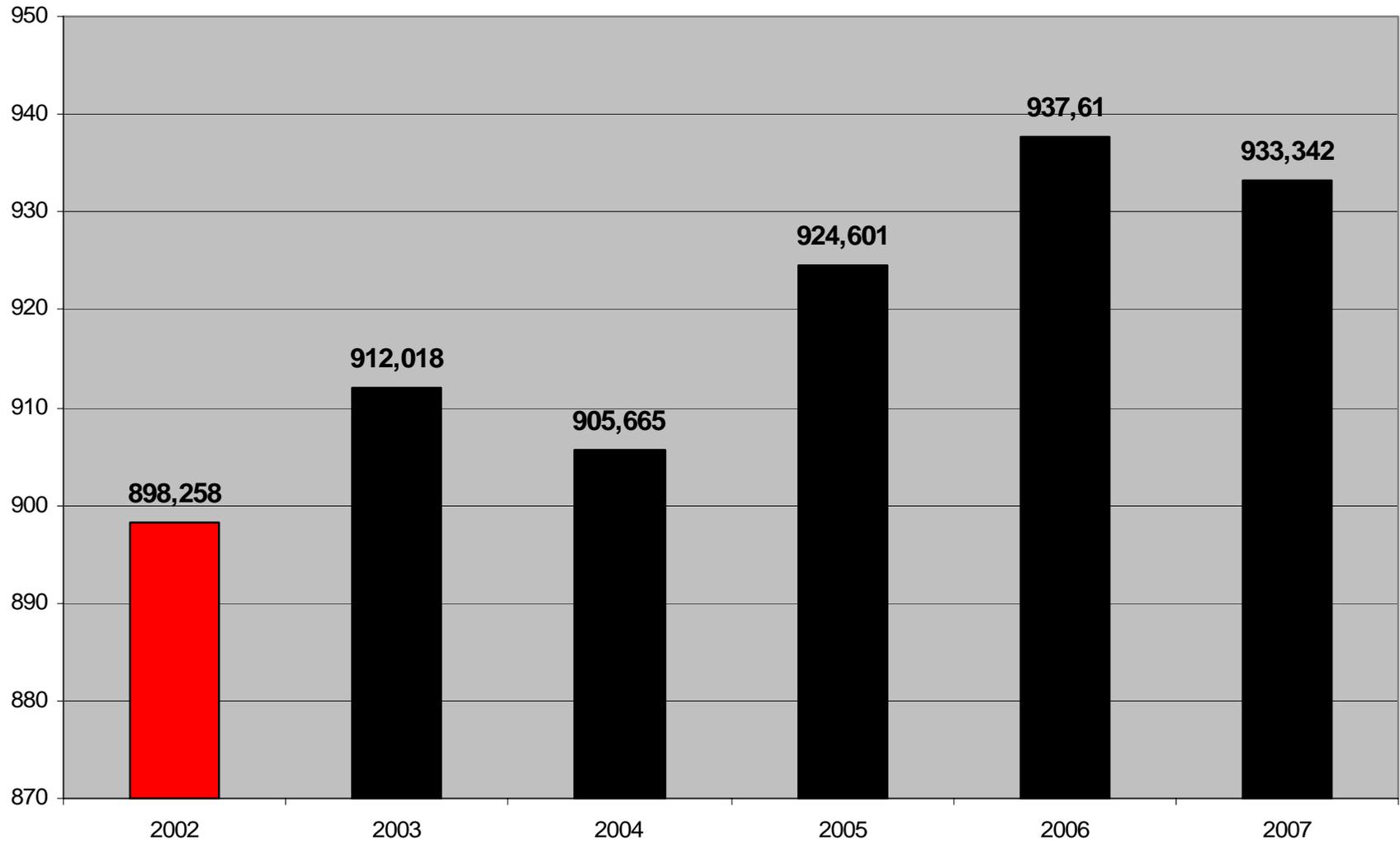


Verbrechensbekämpfung – Polizeiorganisation

- Niedersachsen ist sicherer geworden. Weniger Straftaten und die bislang höchsten Aufklärungsquoten – inzwischen wird mehr als jede zweite Straftat in Niedersachsen aufgeklärt – sind das Ergebnis unserer Arbeit für eine bessere Innere Sicherheit in unserem Land.
- Die Aufklärungsquote hat 2005 und 2006 mit über 55,5 % einen Spitzenwert erreicht.
- Die Ausgaben für die Polizei haben wir trotz Konsolidierung des Landeshaushalts erhöht. 800 zusätzliche Polizeivollzugsbeamte werden ausgebildet und sorgen mit weiteren 200 zusätzlichen Kräften für noch mehr Sicherheit (1.000er-Programm).
- Wir haben mit einer umfassenden Reform die Kriminalitätsbekämpfung optimiert und die Funktionalität der Polizei gestärkt.

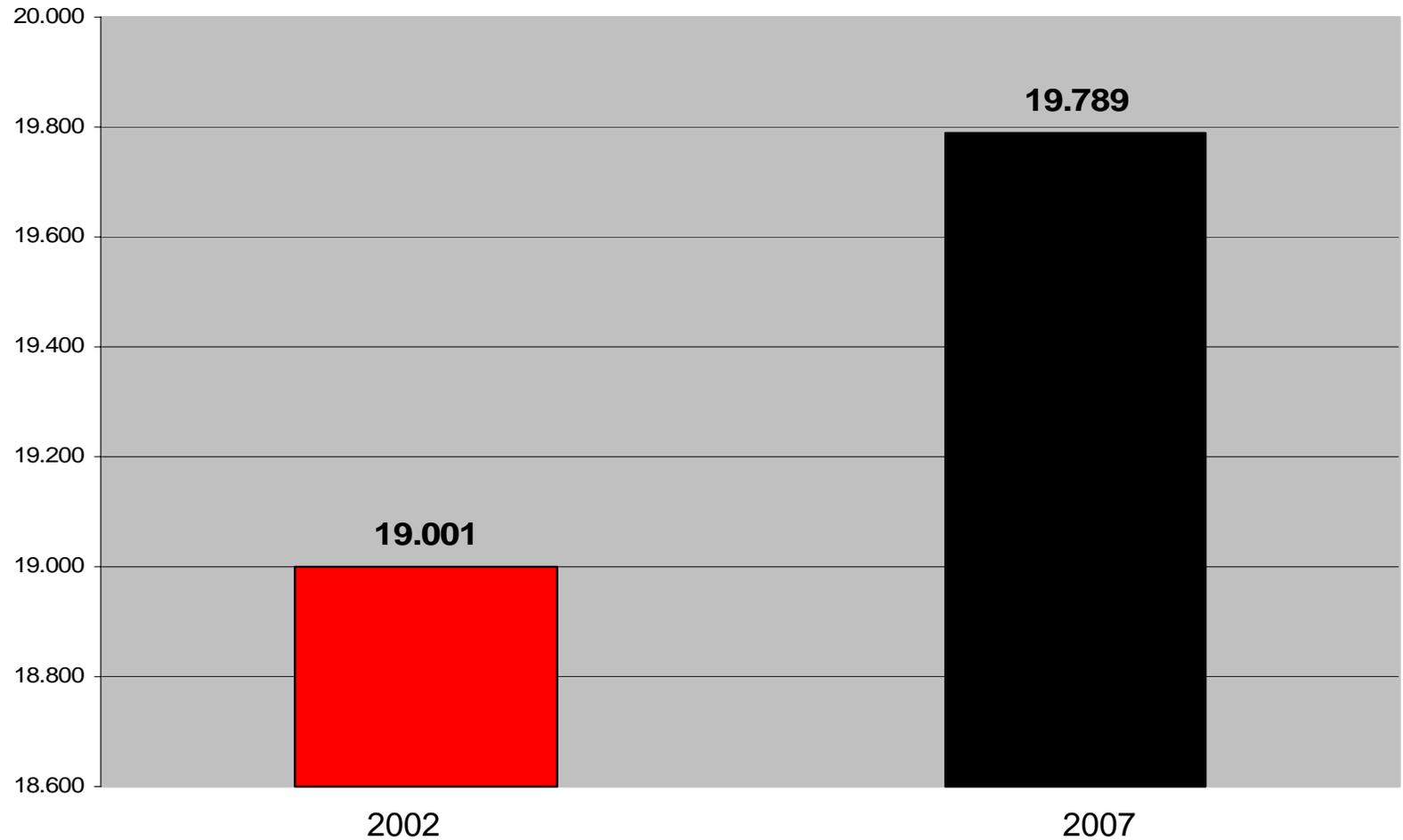


Entwicklung der Polizeihaushalte (Personal- und Sachausgaben – Beträge in Mio. Euro)



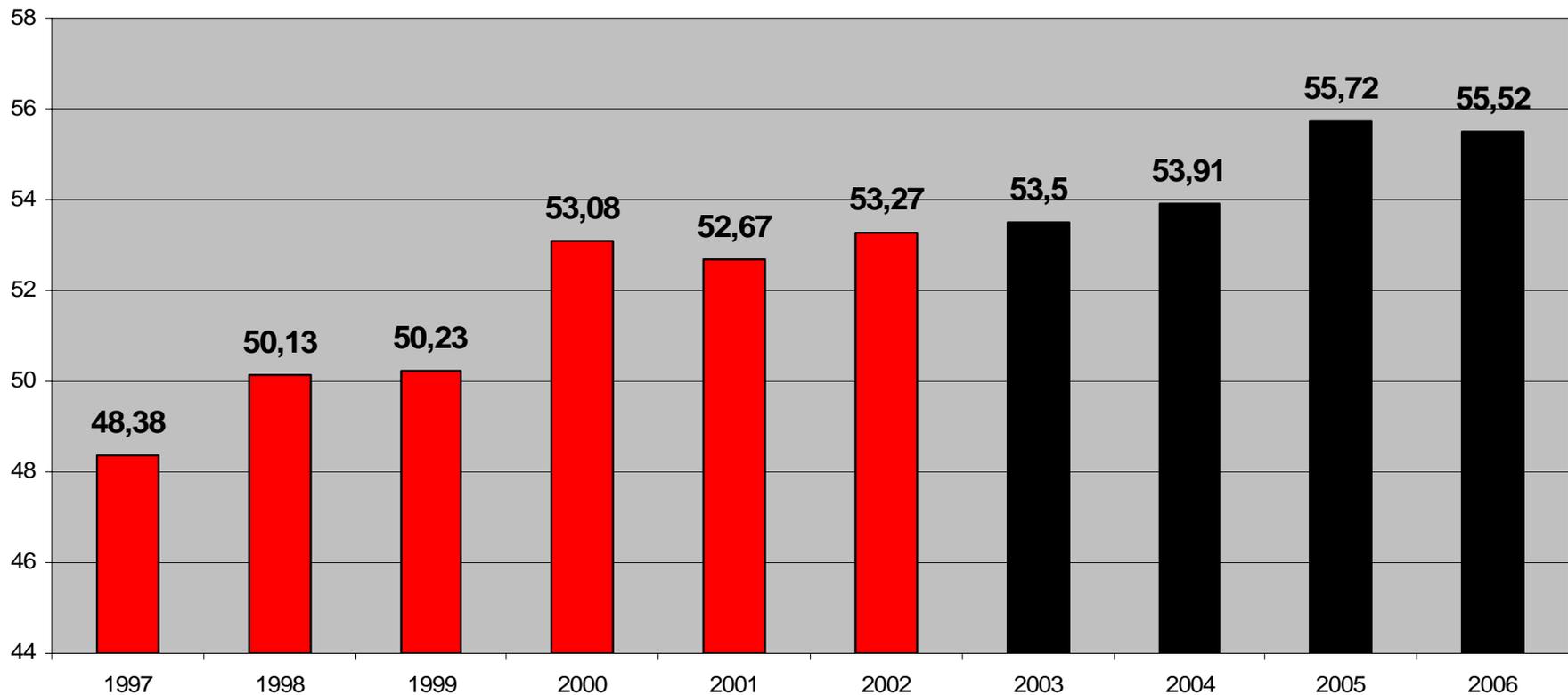


Entwicklung Planstellenbestand Polizeivollzug (Polizeivollzug mit Anwärtern)





Aufklärungsquote in Niedersachsen 1997 - 2006 (in Prozent)





Verbrechensbekämpfung – Polizeiorganisation

- Wir haben die Präsenz der Polizei vor Ort gestärkt und mit einer fachlichen Spezialisierung auf die neuen Kriminalitätsentwicklungen reagiert.
- Mit der Wiederaufnahme des Schutzgutes der öffentlichen Ordnung, mit der gesetzlichen Regelung zum finalen Rettungsschuss und mit der Erweiterung des Unterbindungsgewahrsams bei angekündigten Straftaten haben wir eines der modernsten Polizeigesetze in Deutschland. Die Ausweitung der Möglichkeiten zur Videoüberwachung im öffentlichen Raum zur Abwehr schwerer Straftaten verbessert den Schutz der Bürger vor terroristischen Anschlägen.
- Die Novelle zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung wird der Landtag Ende 2007 verabschieden.
- Wir verbinden künftig die Ausbildung des polizeilichen Nachwuchses mit der Fortbildung der Polizeibeamtinnen und –beamten in einer Polizeiakademie.



Verfassungsschutz und Terrorabwehr

- Angesichts der terroristischen Bedrohungslage haben wir unsere Anstrengungen bei der Terrorismusbekämpfung ausgeweitet. Den Verfassungsschutz haben wir personell verstärkt.
- Das neue Gemeinsame Informations- und Analysezentrum (GIAZ) von Polizei und Verfassungsschutz analysiert schnell und umfassend alle Informationen.
- Zusätzlich ist eine Koordinierungsgruppe Islamistischer Terrorismus (KGIT) eingerichtet worden.
- Eine weitere neu geschaffene Einheit führt anlassunabhängige Recherchen in Datennetzen durch, die terroristische und extremistische Aktivitäten feststellt und auswertet.

Verfassungsschutz und Terrorabwehr

- Die auf Bundesebene eingeführte Anti-Terror-Datei basiert auf niedersächsischem Vorschlag.
- Durch die Eingliederung des Landesamts für Verfassungsschutz in das Niedersächsische Ministerium für Inneres und Sport werden insbesondere auch Entscheidungsprozesse in komplexen Situationen weiter optimiert.
- Zahlreiche Maßnahmen des Verfassungsschutzes, insbesondere Aufklärungskampagnen, haben dem Rechts- und dem Linksextremismus in Niedersachsen entgegengewirkt:
 - Das Mitgliederpotenzial im rechtsextremistischen Bereich ist in Niedersachsen zurückgegangen: von 3.580 im Jahr 2002 auf 2.895 im Jahr 2006.
 - Die Skinhead-Konzerte konnten – entgegen dem Bundestrend – zurückgedrängt werden.
 - Mit den 2004 landesweit bei allen Polizeiinspektionen gebildeten Präventionsteams sowie mit den Präventionsräten, den Schulen und weiteren, ehrenamtlichen Einrichtungen intensivieren wir die Aufklärung junger Menschen über den Rechtsextremismus.



Kommunen finanziell gestärkt und Handlungsspielräume geschaffen

- Wir bekennen uns zu den gewachsenen Strukturen unserer niedersächsischen Kommunen. Eine Gebietsreform lehnen wir ab. Stattdessen haben wir den Kommunen wieder größere Handlungsfreiheit gegeben – für Bürger, Wirtschaft und öffentliche Verwaltung.
- Nach dem Modellkommunengesetz können Kommunen von bestimmten landesrechtlichen Vorgaben abweichen. Die bisherigen Erfahrungen sprechen für eine Ausweitung des Gesetzes.
- Mit dem Gesetz zur Neuordnung des allgemeinen Rechts zur kommunalen Zusammenarbeit und den Projekten zur interkommunalen Zusammenarbeit können die Kommunen ihren Bestand sichern und sich zugleich zukunftsfähig entwickeln.



Kommunen finanziell gestärkt und Handlungsspielräume geschaffen

- Mit dem höchsten kommunalen Finanzausgleich aller Zeiten in Niedersachsen in Höhe von 3,1 Mrd. Euro im Jahre 2007 (im Vergleich: 2,7 Mrd. Euro im Jahre 2002) verbessern wir die Finanzsituation der Kommunen.
- Die Wiedereinführung des Flächenfaktors stärkt den ländlichen Raum.
- Mit dem demographischen Faktor wird der Bevölkerungsrückgang finanziell abgedeckt.
- Die Landkreise profitieren beim Finanzausgleich mit einem Plus von 34,9 %, die kreisangehörigen Gemeinden haben gegenüber 2006 einen Zuwachs von 32 % und die kreisfreien Städte von 28,5 %.
- Durch eine niedersächsische Initiative im Bundesrat zur Absenkung der Gewerbesteuerumlage ist eine deutliche Kostenentlastung unserer Kommunen von jährlich fast 300 Mio. Euro erreicht worden.



Kommunen finanziell gestärkt und Handlungsspielräume geschaffen

Konnexität hat Verfassungsrang – Mitwirkungs- und Beteiligungsrechte der Kommunen gestärkt

- Mit der Einführung des strikten Konnexitätsprinzips in die Niedersächsische Verfassung wird den Kommunen des Landes erstmals eine 100 %ige Erstattung von finanziellen Mehrbelastungen garantiert, die aus der Übertragung neuer oder aus der Veränderung von Anforderungen an bereits bestehende kommunale Aufgaben resultieren.
- Wir haben das Verfahren der sog. Bedarfszuweisungen für überschuldete Kommunen neu geordnet. In einer individuellen Zielvereinbarung legen Land und Kommune gemeinsam fest, welche Konsolidierungsmaßnahmen vor Ort zu treffen sind.



Integration in Niedersachsen – „Fordern und Fördern“

Integration hat besonderen Stellenwert

- Niedersachsen ist ein weltoffenes Land und empfängt Zuwanderer ohne Vorurteile. Wir haben Netzwerke, mit denen Integration gelingt. Dies wird mit dem bundesweit vorbildlichen Netzwerk der Kooperativen Migrationsarbeit in Niedersachsen mit Erfolg praktiziert.
- Bei der Integration setzen wir auf den Erwerb deutscher Sprachkenntnisse. Hierbei unterstützen wir die Zuwanderer. Denn nur mit hinreichenden Kenntnissen in der deutschen Sprache haben sie eine Basis für ihre Ausbildung und eine berufliche und gesellschaftliche Integration in Niedersachsen.
- Die vorschulische Sprachstandsfeststellung, der islamische Religionsunterricht und die Einrichtung von Leitstellen für Integration in vielen Kommunen sind wichtige Bausteine einer gelungenen Integrationspolitik in Niedersachsen.



- Die Landesregierung fördert das Projekt „Integrationslotsen“ und unterstützt damit die Ausbildung von 800 ehrenamtlichen Bürgern, die persönlich auf Migranten zugehen und ihnen aktiv bei der Integration in die örtliche Gemeinschaft helfen. 2008 stehen 300.000 Euro für die Fortführung dieses Projekts bereit.
- Zum 01.02.2007 hat die Niedersächsische Landesregierung ihre Aktivitäten zur Integration noch einmal verstärkt und in einer neuen Abteilung für Integration im Innenministerium gebündelt und ausgebaut.
- Eine Integrationsbeauftragte ist seit 2. Mai 2007 kompetente Ansprechpartnerin für die Kommunen und die gesellschaftlichen Verbände und Institutionen in Niedersachsen.
- Die Landesregierung bewirkt insbesondere auch auf Bundesebene eine bessere Integration von Ausländerinnen und Ausländern, etwa mit zusätzlichen Integrationskursen oder der Chance auf einen dauerhaften Aufenthalt in Deutschland, wenn die Migrantinnen und Migranten selbst nachhaltig für ihren Unterhalt sorgen können. Gesetzliche Regelungen, die eine Zuwanderung in die Sozialsysteme nach sich ziehen, lehnen wir strikt ab.



Integration in Niedersachsen – „Fordern und Fördern“

Handlungsprogramm Integration

- Mit dem niedersächsischen Handlungsprogramm Integration stehen über 60 Mio. Euro für Integrationsmaßnahmen zur Verfügung.

Netzwerk für Integration

- Wir haben die Kommunen bei der Integration von Zuwanderern gestärkt: Mit der Einrichtung von 15 „Leitstellen für Integration“ im ganzen Land verstärkt Landespersonal die kommunalen Einrichtungen vor Ort.

Von den Erfahrungen anderer lernen

- Niedersachsen fördert jährlich mit 500.000 Euro das ehrenamtliche Engagement von Migranten für Migranten. Auch sie sind Integrationslotsen und damit „Brückenbauer“, denn sie helfen den Zuwanderern, sich in Niedersachsen schneller und besser zu integrieren.
- Wir haben das Grenzdurchgangslager Friedland für die nach Niedersachsen kommenden Spätaussiedler und jüdischen Zuwanderer zu einem Integrationszentrum ausgebaut.



Breitensport und Spitzensport – Aktiv für den Sport in Niedersachsen

Sport lebt vom Ehrenamt

- Das Engagement der Sportvereine im Breitensport ist für uns ebenso unverzichtbar wie die gezielte Förderung des Leistungs- und Spitzensports in Niedersachsen.
- Niedersachsen fördert gemeinsam mit Sportverbänden die Ehrenamtlichen in den Sportvereinen mit einer landesweiten **SportEhrenamtsCard**. Die beteiligten Sponsoren honorieren das bürgerschaftliche Engagement durch Vergünstigungen.

Mehr Kompetenz und Eigenverantwortung für die Sportorganisationen:

- Mit der Neuordnung der Sportförderung haben wir die Eigenverantwortlichkeit vor Ort gestärkt. Wir haben Doppelzuständigkeiten abgeschafft. Die Verteilung der Landesmittel erfolgt schlank und zielgerichtet durch den Landessportbund.



Breitensport und Spitzensport – Aktiv für den Sport in Niedersachsen

Zusätzlich 25 Mio. Euro für Sportstättenanierung in Niedersachsen bis 2011

- Niedersachsen ermöglicht eine landesweite Verbesserung der Infrastruktur für den Breitensport. Jährlich 2,5 Mio. Euro für kommunale Sportstätten und 2,5 Mio. Euro für Vereinssportstätten – und damit insgesamt 25 Mio. Euro – stehen zusätzlich zur Verfügung.

Förderung für Spitzensportler einfach und effektiv

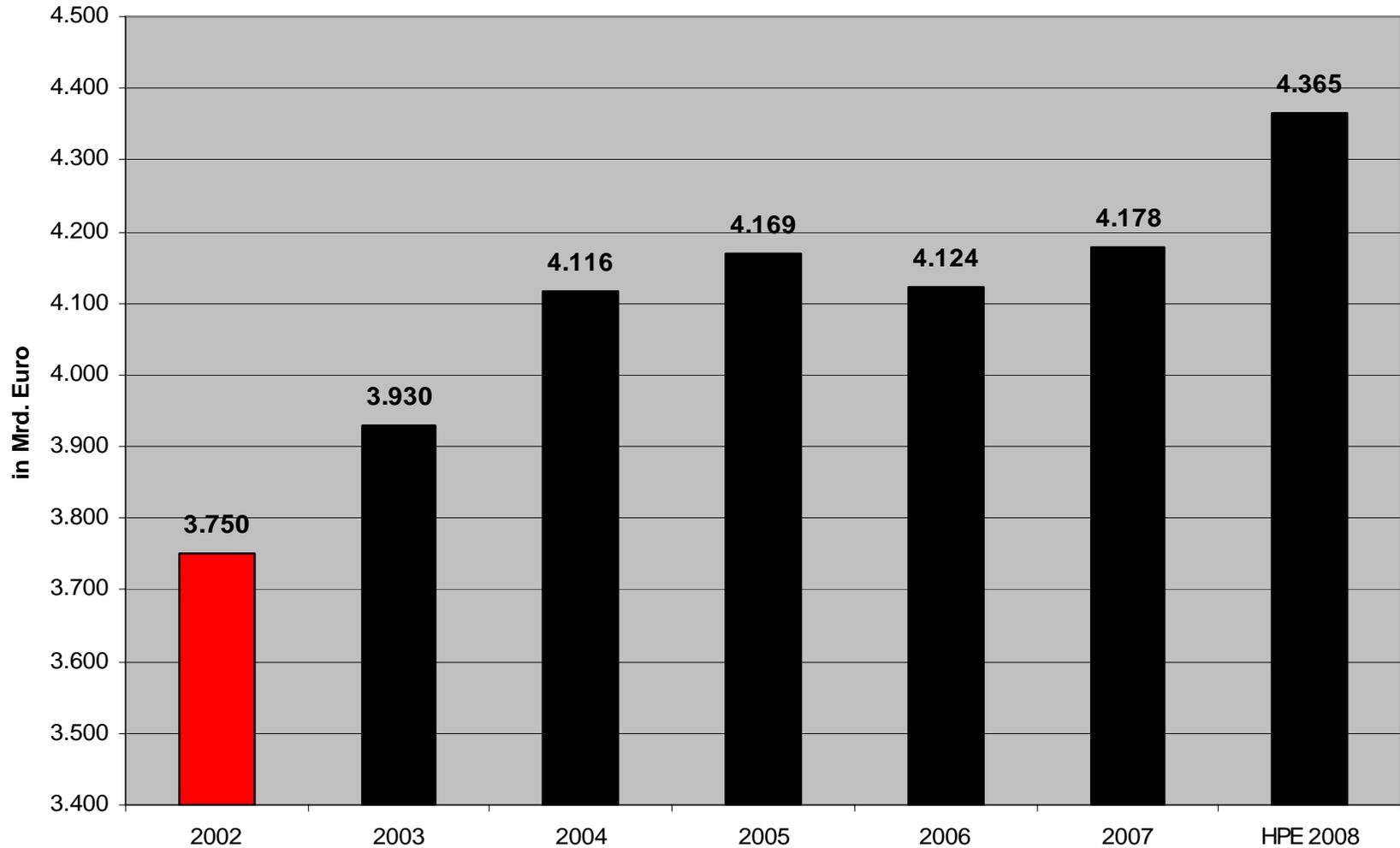
- Mit den Mitteln für den Leistungssport stärken wir die Schwerpunktsportarten in Niedersachsen. Wir ermöglichen Spitzensportlern eine berufliche Perspektive in der niedersächsischen Polizei durch die Einrichtung einer besonderen Sportfördergruppe.



Niedersächsisches Kultusministerium



Ausgaben des Niedersächsischen Kultusministeriums (in Mrd. €)





Stärkung der frühkindlichen Bildung und Erziehung

- Das letzte Kindergartenjahr für Eltern beitragsfrei gestellt: Ab dem Kindergartenjahr 2007/2008 müssen Eltern für das letzte Kindergartenjahr keine Beiträge mehr entrichten. Das Land setzt hierfür 120 Mio. Euro jährlich ein.
- Umsetzung des Orientierungsplans für Bildung und Erziehung im Elementarbereich, um Qualität frühkindlicher Bildung zu verbessern.
- Ausweitung der Sprachförderung vor der Einschulung auf ein ganzes Jahr.
- Maßnahmen zur Verbesserung der Zusammenarbeit von Schule und Kindergarten u.a. durch das Projekt „Das letzte Kindergartenjahr als Brückenjahr zur Grundschule“ (5 Mio. Euro jährlich).
- Ausweitung der Zahl der Krippenplätze: In engem Kontakt zur Bundesregierung tragfähiges Konzept zum Ausbau der Krippenplätze entwickelt. Niedersachsen erhält bis 2013 Bundesmittel in Höhe von insgesamt 214 Mio. Euro.

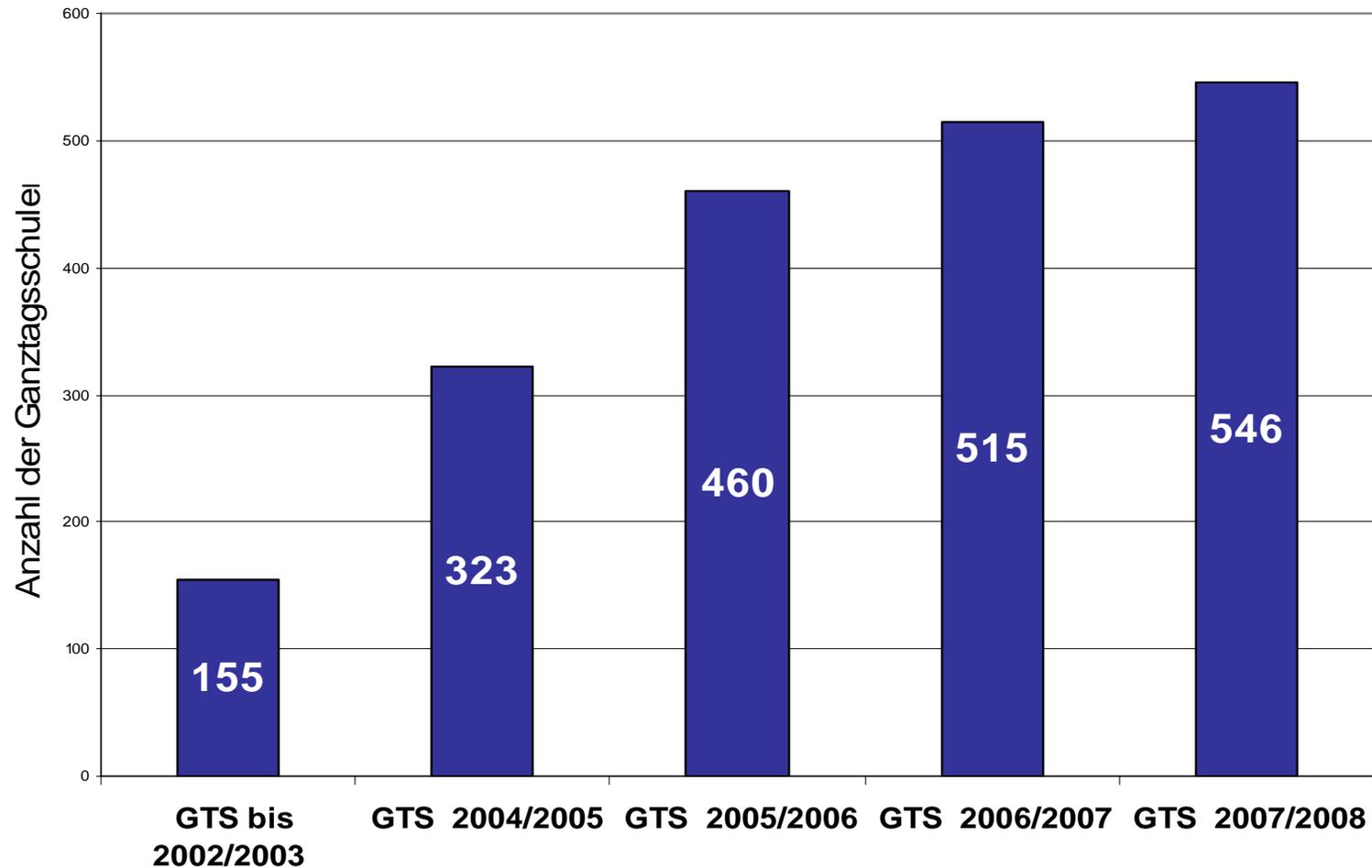


Stärkung des gegliederten Schulwesens

- **Auflösung der Orientierungsstufe**
- **Genehmigung von neuen Schulstandorten** (4 Hauptschulen, 11 Realschulen, 11 Gymnasien, 3 gymnasiale Oberstufen an bestehenden Gymnasien)
- **Einrichtung von Außenstellen** für 121 Gymnasien, 80 Realschulen und 25 Hauptschulen
- **Einrichtung von 30 neuen Schulzweigen**
- **Stärkung des Elternwillens und der Elternrechte** bei der Wahl der Schule
- **Wiederaufnahme der Schullaufbahneempfehlung** und einer damit verbundenen **Beratungspflicht** der Schulen
- Betonung des Prinzips der **Durchlässigkeit**
- **Ganztagschulen**: Verdreifachung der Zahl der Standorte; Verteilung von Baumitteln aus dem IZBB-Programm an die Schulträger in Höhe von 398 Mio. Euro



Entwicklung der Anzahl der Ganztagsschulen in Niedersachsen





Verbesserung der Arbeit in den einzelnen Schulformen

- **Grundschule:**
 - **Verlässliches Schulangebot** (fünf Zeitstunden) an allen Grundschulen
 - **Erhöhung der Stundenanteile in Deutsch und Mathematik** zur Stärkung der Grundfertigkeiten
 - **Verpflichtendes Fremdsprachenlernen** im 3. und 4. Schuljahrgang
 - Einsatz von **pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern** zur Absicherung der verlässlichen Schulzeiten
- **Hauptschule:**
 - **Erhöhung der Pflichtstundenzahl** in den Kernfächern Deutsch und Mathematik
 - **Senkung der Schülerhöchstzahl je Lerngruppe** von 28 auf 26
 - **Einführung von 60 bis 80 Praxistagen** in der 8. und 9. Klasse
 - **Schwerpunktsetzung in der Berufsorientierung**
 - **Einsatz von sozialpädagogischen Fachkräften**
 - **Landesweite zentrale Abschlussprüfungen**



- **Realschule**
 - **Erhöhung der Pflichtstundenzahl**
 - **Vierstündiges Unterrichtsangebot in den Kernfächern** (Mathematik im Durchschnitt der Schuljahrgänge vier Stunden)
 - **Ausweitung des Fachunterrichts** im 9. und 10. Schuljahrgang
 - **Landesweite zentrale Abschlussprüfungen:** im Schuljahrgang 10 erstmalige Abschlussprüfung in den Fächern Deutsch, Mathematik und Englisch am Ende des Schuljahres 2006/2007
 - **Möglichkeit der Schwerpunktsetzung** im technisch-naturwissenschaftlichen Bereich durch Vorziehen eines Wahlpflichtunterrichtsangebots ab dem 6. Schuljahrgang
 - **Ausbildung der Lehrkräfte:** Einrichtung einer **realschulspezifischen** Lehramtsausbildung

- **Gymnasium**
 - **Neue gymnasiale Oberstufe** mit 5 Schwerpunkten in der Qualifikationsphase
 - **Abitur nach 12 Schuljahren seit 2005**
 - **Zentralabitur** mit landesweit einheitlichen Aufgaben



Sonderpädagogische Förderung

- **Neuregelung der sonderpädagogischen Förderung:** in allen Schulformen und Förderschwerpunkten.
- **Landesweite zentrale Abschlussprüfungen:** im Schuljahrgang 9 der Förderschule mit dem Schwerpunkt Lernen erstmalige Abschlussprüfungen in den Fächern Deutsch und Mathematik am Ende des Schuljahres 2005/2006, im Schuljahrgang 9 und 10 Abschlussprüfungen der Hauptschule und der Realschule am Ende des Schuljahres 2006/2007.
- **Entwicklung von Leitideen der sonderpädagogischen Förderung:** Jede Schülerin und jeder Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf hat Anspruch auf angemessene sonderpädagogische Förderung.
- **Regionale Konzepte:** Einrichtung oder qualitative Ausweitung aller Organisationsformen sonderpädagogischer Förderung (Förderschule, Mobile Dienste, Sonderpädagogische Grundversorgung, Förderklassen Sprache, Kooperationsklassen, Integrationsklassen).
- **Erziehungsberatungszentren:** Flächendeckende Errichtung an 32 Standorten in Zusammenarbeit mit den Kommunen.

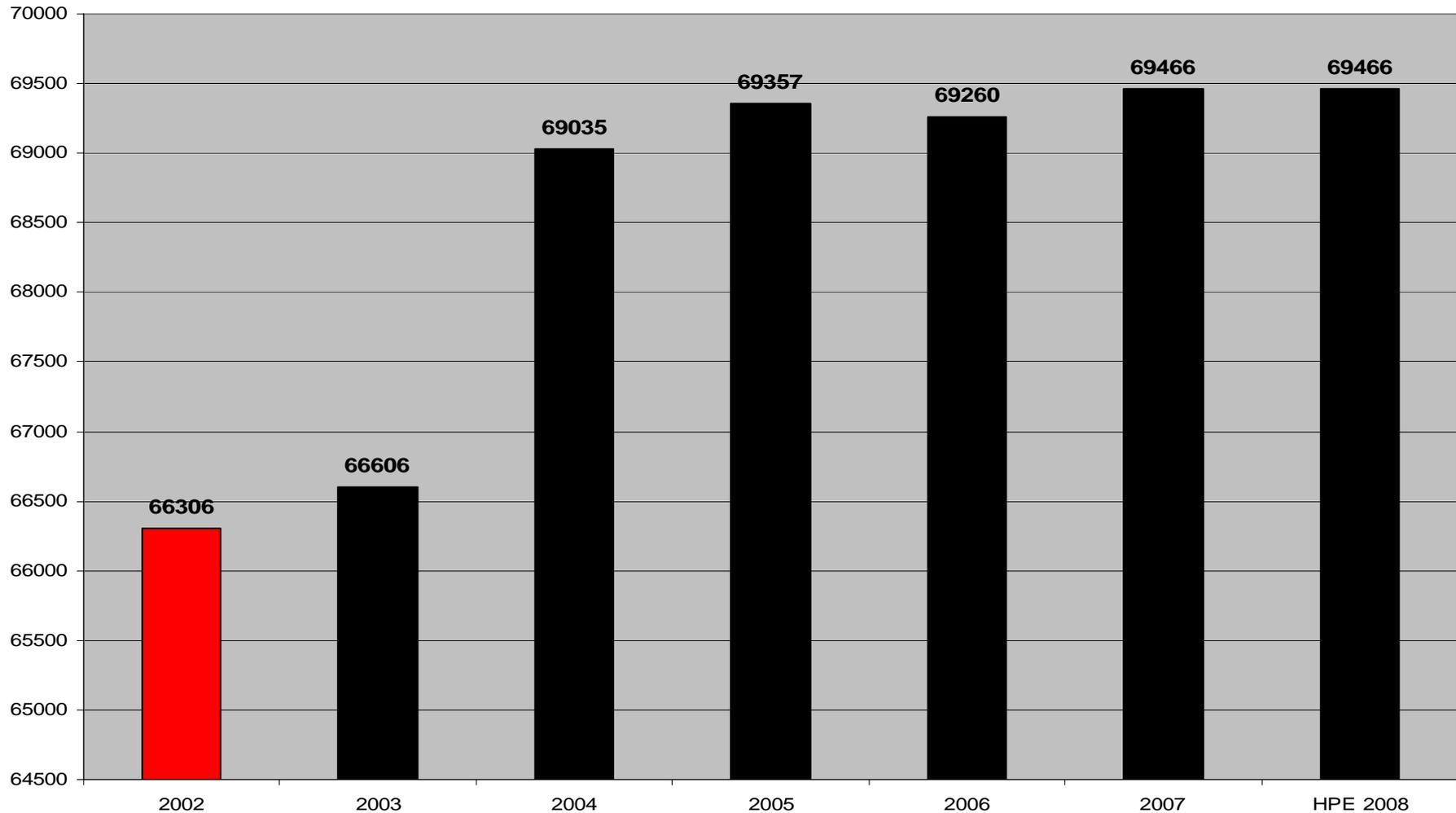


Nachhaltige Sicherung der Unterrichtsversorgung

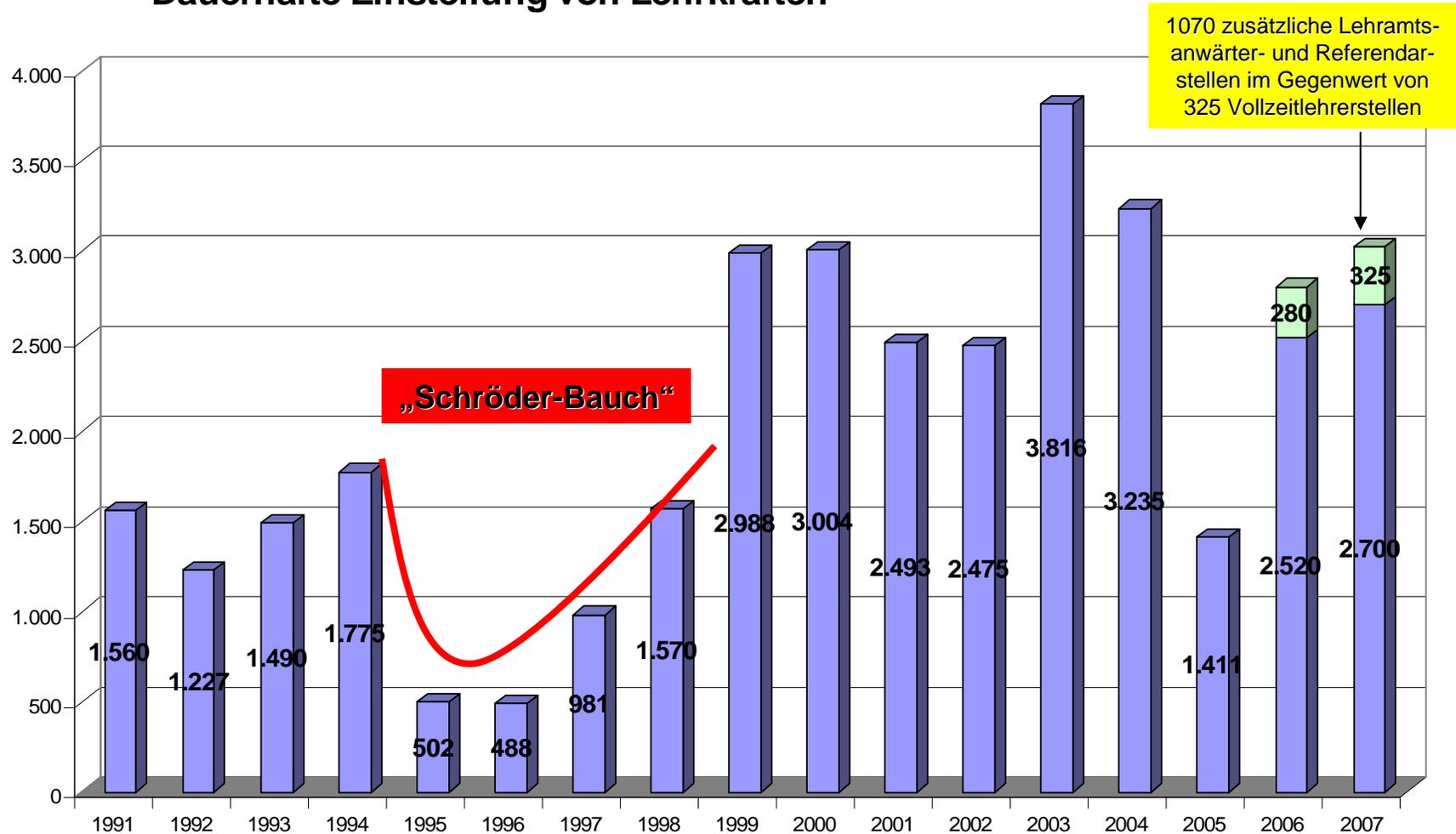
- **Rund 85.000 Lehrkräfte:** Noch nie in der Geschichte Niedersachsens gab es so viele Lehrkräfte an den öffentlichen Schulen wie heute.
- **2.500 Vollzeitlehrer-Stellen wurden zusätzlich geschaffen**, davon 1.500 an den allgemein bildenden Schulen.
- **Einstellung von insgesamt mehr als 15.000 neuen Lehrkräften** bis August 2007.
- **400 Lehrerstellen**, die erhalten bleiben, stehen zum Schuljahresbeginn 2007/2008 trotz sinkender Schülerzahlen den allgemein bildenden Schulen weiterhin zur Verfügung.
- Kontinuierliche **Steigerung der Zahl der Referendarinnen und Referendare** zur Sicherung des Ersatzbedarfs an Lehrkräften.



Planstellen für Lehrkräfte an niedersächsischen Schulen

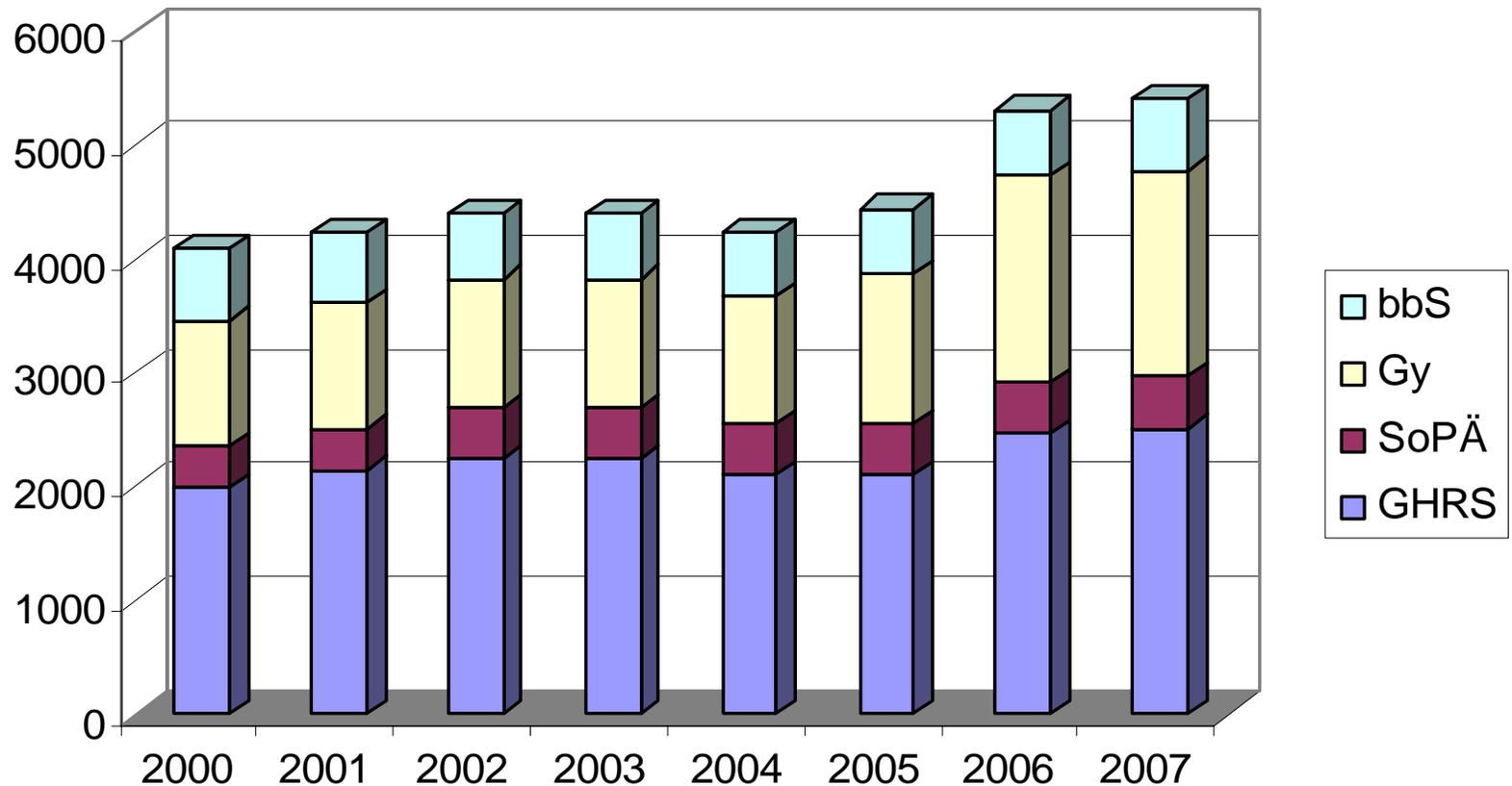


Dauerhafte Einstellung von Lehrkräften



Gegen den entschiedenen Widerstand der Opposition haben wir die Zahl der Planstellen für Lehrerinnen und Lehrer um 2.500 von 65.500 auf 69.000 aufgestockt, mehr als je zuvor in der Geschichte des Landes. Wir haben überdies kontinuierlich neue, junge Lehrkräfte eingestellt, von Februar 2003 bis August 2007 mehr als 15.000 Lehrerinnen und Lehrer.

Zahl der Lehramtsanwärter und Referendare

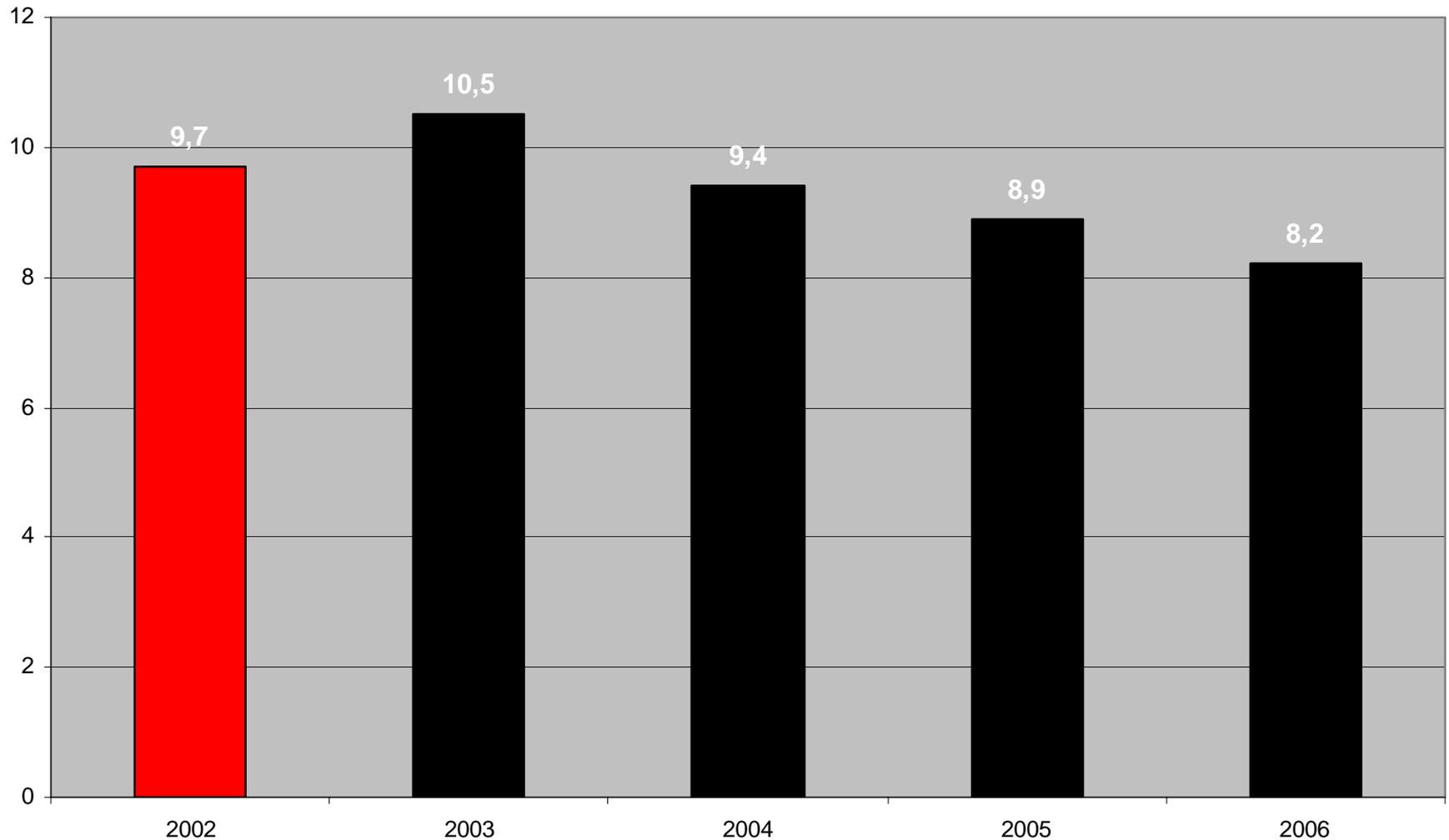


Modellprojekt „Abschlussquote erhöhen, Berufsfähigkeit steigern“

- Bundesweit einzigartiges Projekt des Landes in Kooperation mit der Bundesagentur für Arbeit vom 01.02.2007 bis 31.07.2008.
- Ziele: Größere Anzahl von Jugendlichen soll die allgemein bildende Schule erfolgreich abschließen. Der direkte Übergang von der Schule in eine duale berufliche Ausbildung soll erleichtert werden.
- Landesweit erhalten 450 Schülerinnen und Schüler aus 88 beteiligten Haupt- und Förderschulen eine individuelle Förderung mit Hilfe von Berufsstartbegleitern.



Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss (in Prozent)





Reform der beruflichen Bildung

- **Mehr Berufsschullehrkräfte** für eine bessere Unterrichtsversorgung trotz steigender Schülerzahlen: Von Februar 2003 bis Februar 2007 sind für 136 öffentliche berufsbildende Schulen einschließlich der Wiederbesetzungen 2.489 neue Lehrkräfte eingestellt worden.
- Verbesserte **sozialpädagogische Betreuung** an berufsbildenden Schulen.
- Förderung von Jugendlichen durch **Berufsvorbereitungsmaßnahmen**.
- Qualifizierung von Jugendlichen durch die Einführung der **Berufseinstiegsklasse**.
- Erweiterung der Berufsfachschulen zum **Erwerb eines berufsqualifizierenden Abschlusses**.
- Modellversuch „Berufsbildende Schulen in Niedersachsen als regionale Kompetenzzentren“ (**ProReKo**) erfolgreich umgesetzt.
- **Neuordnung der Erzieherausbildung**: Die Ausbildungswege von der Zweitkraft bis zur Leitung der Kindertagesstätte wurden weiterentwickelt.
- **Maritimes Bündnis**: Das Land entwickelt die Ausbildung an den seemännischen Ausbildungsstätten weiter und hilft, das „Maritime Bündnis“ zum Erfolg zu führen.
- **Internationale Kooperationen** zur Einführung eines nachhaltigen europäischen Netzwerks im Bereich der beruflichen Bildung.



Steuerung, Unterstützung und Beratung der Schulen

- **Entwicklung von Kerncurricula und Umsetzung der Bildungsstandards**
- **Einführung der Eigenverantwortlichen Schule:** Voraussetzung für eine umfassende Deregulierung von Verwaltungsvorschriften und damit für große Entscheidungsbefugnisse der Schulen.
- **Einrichtung der Niedersächsischen Schulinspektion:** Ziel ist eine regelmäßige externe Evaluation aller Schulen in Niedersachsen in einem Turnus von 4 Jahren. Inzwischen haben ca. 50 Inspektorinnen und Inspektoren bis Mitte 2007 rund 800 Schulen inspiziert.
- **Landesschulbehörde:** Zusammenführung der ehemaligen Schulabteilungen der Bezirksregierungen zu einer Behörde mit Zentrale in Lüneburg; Erhalt von Außenstellen.
- Qualifizierung und Einsatz von **Fachberatern für Unterrichtsqualität.**



Reform der Kultusministerkonferenz

- Die effektive und wirtschaftliche Arbeit der Kultusministerkonferenz konnte durch die Umstrukturierung und die Reduzierung der Personal- und Sachkosten auf Initiative Niedersachsens erfolgreich vorangetrieben werden.



Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur



Mit der **NHG-Novelle 2006** eines der modernsten Hochschulgesetze in Deutschland beschlossen

- Ziele: Stärkung der Leistungsfähigkeit, Wirtschaftlichkeit und Familienfreundlichkeit; Schließung von Regelungslücken des NHG 2002.
- Eckpunkte: Neugestaltung des Hochschulzugangs; Wiedereinführung der Habilitation; Qualitätssicherung im Berufungsverfahren; Anhebung der Altersgrenze bei Professoren auf 68 Jahre.

Einführung des Nds. Studienbeitragsmodells: für Erstsemester ab WS 2006/07, für alle anderen Studierenden ab SS 2007: Sozialverträglichkeit durch einkommens- und vermögensunabhängiges Darlehen sowie Möglichkeit der Freistellung von Studienbeiträgen (insbesondere für Studierende mit Kindern).

Zukunftsvertrag mit den Hochschulen vom Oktober 2005: Finanzielle Planungssicherheit für Hochschulen bis einschl. 2010 gewährleistet.



Hochschuloptimierungskonzept 2003: Hochschulen leistungsorientiert ausgerichtet (Profil- und Schwerpunktbildung der Hochschulen durch mehr Arbeitsteilung).

Hochschulzulassungsgesetz novelliert: Ermöglicht Hochschulen verstärkt in zulassungsbeschränkten Studiengängen Studienplätze nach eigenen Auswahlkriterien zusätzlich zur Abiturdurchschnittsnote zu vergeben.

Hochschulpakt 2020: Sicherung der Zukunftschancen der jungen Generation durch Schaffung von zunächst rund 90.000 Studienanfängerplätzen in Deutschland bis 2010, davon 11.200 in Niedersachsen.

Umsetzung Europäischer Hochschulraum 2010: 66 % der Studiengänge in Niedersachsen bereits auf Bachelor / Master umgestellt (Platz 3 hinter Berlin und Brandenburg).

Fusion der Universität Lüneburg und der Fachhochschule Nordostniedersachsen zur Stiftung Universität Lüneburg und Modelluniversität im Rahmen des Bologna-Prozesses.



Sicherung der Studentenwerke: Finanzierungssicherheit bis 2011.

Sicherung der Fachhochschulstandorte Salzgitter und Lingen: Investitionen ca. 10 Mio. Euro für Salzgitter und 30 Mio. Euro für Lingen und Schaffung von rund 50 bzw. 90 zusätzlichen Stellen.

Stärkung der Nautikausbildung in Leer und Elsfleth: Verdoppelung der Stiftungsprofessuren; Maritime Kompetenzzentren an beiden Standorten.

Integration der Stiftung **Katholische Fachhochschule Norddeutschland** in die Hochschule Vechta und die FH Osnabrück zum WS 2005/06 und der **Evangelischen Fachhochschule Hannover** in die Fachhochschule Hannover (FHH) zum 01.09.2007 zur Sicherung der Studienmöglichkeiten in Soziale Dienste/Sozialarbeit.

Durch Neustrukturierung des **Niedersächsischen VW-Vorab** geschlossenes Konzept zur Exzellenzförderung an allen Hochschulen.

Technische Universitäten Braunschweig und Clausthal sowie Leibniz-Universität Hannover bilden eine „trilokal arbeitsteilige“ **Niedersächsische Technische Hochschule (NTH)** mit dem Ziel, die Kompetenzen im ingenieur- und naturwissenschaftlichen Bereich stärker zu bündeln und zu vernetzen.



Beeindruckende Forschungskompetenz durch **Energieforschung und –verbünde:**

- Energieforschungszentrum Niedersachsen in Goslar (12 Mio.)
- Forschungsverbund Windenergie (4,6 Mio. seit 2004)
- Institut für Solarenergieforschung (ISFH), in Emmerthal
- Förderung von Forschungsprojekten zu Erneuerbaren Energien aus Strukturfondsmitteln in den letzten Jahren mit rund 2,6 Mio. Euro

Weitere Forschungsverbünde errichtet:

- Forschungsverbund „Ernährungswissenschaften“
- Forschungsverbund „Audiologische Forschung“
- Forschungsverbund „Sicherheitskritische Systeme im Transport- u. Mobilitätsbereich“

Forschungsverbünde in Aufbau:

- Klimafolgenforschung
- Niedersächsisches Institut für Frühkindliche Bildung und Entwicklung

Nds. Erwachsenenbildungsgesetz vom Landtag im November 2004 zur Stärkung der Leistungskraft der Erwachsenenbildung einstimmig verabschiedet.

Förderschwerpunkte u. a. Eltern- und Familienbildung

Umwandlung der Landesmuseen in Braunschweig, Hannover und Oldenburg zu Betrieben: größere Eigenständigkeit, mehr Flexibilität, stärkere Leistungsorientierung



Neuordnung der Kulturförderung

Drei-Säulen-Modell der Verbandsförderung - Kultur und Bildung, Kulturelles Erbe, Musikland Niedersachsen – vorbildlich für Deutschland.

Musikland Niedersachsen

Errichtung der Landesmusikakademie in Wolfenbüttel ab 2007.

Musikförderung

Start des Programms zur Förderung der Kooperation von Musikschulen mit Schulen und Kindergärten; Stärkung der Niedersächsischen Festivallandschaft; Nachwuchsförderung für Klassik und Pop.

Neuregelung der Förderung kommunaler Theater und Orchester: Vertragliche Planungssicherheit bis 2011; Stärkung der Angebote für Kinder und Jugendliche; Initiierung des bürgerschaftlichen Engagements.



Neuordnung der Denkmalpflege:

Kommunen als untere Denkmalschutzbehörden, Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur als oberste Denkmalschutzbehörde im Zuge der Abschaffung der Bezirksregierungen; Landesamt für Denkmalpflege als Service-Einrichtung zur Beratung.

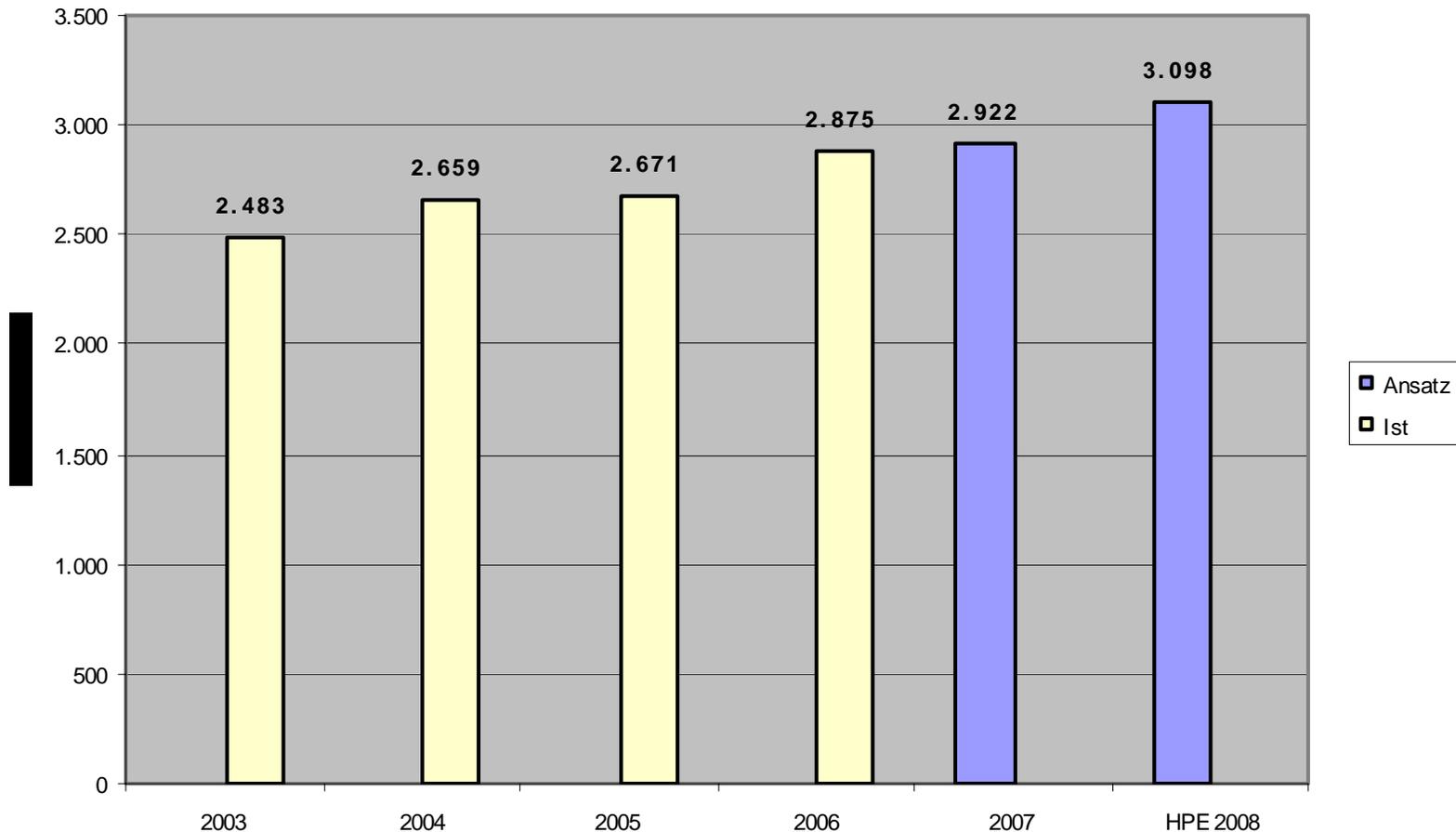
Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz:

Gesetz zur Förderung und Bewahrung der kulturellen und historischen Belange des ehem. Landes Braunschweig zum 01.01.2005.



Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit

Ausgaben des Niedersächsischen Sozialministeriums (einschl. Krankenhausinvestitionen, in Mrd. Euro)





Gesundheitspolitik

Aufklärung

- **1. Niedersächsischer Maserngipfel:** Gemeinsam mit den kommunalen Gesundheitsämtern Maßnahmen zur Bekämpfung verstärkt und Impuls für besseren Impfschutz von Kindern und Jugendlichen gegeben.
- **Beitritt zum Hitzewarnsystem des Deutschen Wetterdienstes:** Voraussetzung geschaffen, Pflegeheime und ambulante Pflegedienste rechtzeitig vor Hitzeperioden zu warnen.

Gesundheitsprävention

- Beim Ausbau des Gesundheitsschutzes Vorreiter: Einrichtung eines **24-Stunden-Laborbereitschaftsdienstes** beim Landesgesundheitsamt und regelmäßige Erfassung und Bewertung **akuter respiratorischer Erkrankungen in Kindertagesstätten und Arztpraxen** sichert schnelle Früherkennung von Infektionskrankheiten und einer möglichen Pandemiegefahr.
- Der Ausbau des Epidemiologischen Krebsregisters ermöglicht eine flächendeckende Erfassung der Krebserkrankungen in Niedersachsen.



Gesundheitspolitik

Sicherung eines modernen medizinischen Standards in der ambulanten und stationären Versorgung

- Für **Zukunftssicherung der Krankenhäuser** investieren wir zwischen 2004 und 2007 insgesamt **480 Mio. Euro**. Niedersachsen ist damit neben Hessen das einzige Bundesland, das die **Investitionen in Krankenhäuser** in dieser Zeit aufgestockt hat.
- Daran anknüpfend wird ein **Krankenhausinvestitionsprogramm** für den Zeitraum **2008 – 2010** in Höhe von **360 Mio. Euro** aufgelegt.
- Mit Einrichtung von bis zu 40 Palliativstützpunkten wird bis 2008 flächendeckendes Netzwerk zur besseren Versorgung schwerstkranker und sterbender Menschen geschaffen.



Nichtraucherschutz verbessert

- Seit 2005 gilt in allen niedersächsischen Schulen ein generelles Rauchverbot. Zugleich wurden die Schulen verpflichtet, ein Präventionskonzept zur Vermeidung des Rauchens zu entwickeln.
- Als eines der ersten Länder haben wir einen umfassenden Schutz vor den Gefahren des Passivrauches geschaffen.
- Seit 1.8.2007 gilt Niedersächsisches Nichtraucherschutzgesetz. In Schulen, Kindertagesstätten, Sporthallen, Hochschulen, Berufsakademien, Museen, Krankenhäusern, Alten- und Pflegeheimen, Landes- und Kommunalbehörden sowie Gerichten darf nicht mehr geraucht werden.
- Auch Gaststätten sind rauchfrei. Nur in einem abgeschlossenen Nebenraum darf noch geraucht werden.



Ladenöffnungszeiten verbraucherfreundlich gestaltet

- Zum 1.4.2007 ist das neue Niedersächsische Ladenöffnungsgesetz in Kraft getreten.
- Die Ladenöffnung ist an Werktagen ganztägig möglich (6 x 24 Stunden).
- Es bietet Bürgerinnen und Bürger sowie dem Einzelhandel mehr Flexibilität bei der Ladenöffnung und dem Einkauf.
- Die Sonn- und Feiertage bleiben geschützt.



Erfolgreicher Verkauf der Landeskrankenhäuser

- Niedersachsen hat die bislang größte Krankenhausprivatisierung in Deutschland erfolgreich abgeschlossen.
- Verkauf von acht der zehn niedersächsischen Landeskrankenhäuser trägt dazu bei, ein modernes und wohnortnahes klinisches Angebot zu gewährleisten.
- Verkauf sichert dem Land einen Erlös von 107 Mio. Euro.
- Unterschiedliche Trägerstruktur aus privaten, gemeinnützigen und kommunalen Käufern ist Garant für eine zukunftsgerichtete Versorgungsstruktur in Niedersachsen.
- Rechte der Beschäftigten sind durch Überleitungstarifverträge gesichert.
- Hochwertige Versorgung psychisch kranker Menschen wird auch künftig sichergestellt.



Politik für Menschen mit Behinderungen

- Die Einführung des **Persönlichen Budgets** stärkt die selbstständige Lebensführung.
- Unser **Gesetzentwurf zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung** setzt in der Landesverwaltung Maßstäbe für den Abbau bestehender und die Vermeidung künftiger Diskriminierungen.
- Wir setzen uns für **gleichberechtigte Teilhabe** von Menschen mit Behinderungen am Arbeitsleben ein:
 - Mit dem **Sonderprogramm „Job 4000“** fördern wir Arbeitgeber, die zusätzlich einen schwer behinderten Menschen einstellen.
 - Über **Modelle zur Arbeitserprobung** erhalten Beschäftigte aus Werkstätten für behinderte Menschen die Möglichkeit, ihre Fähigkeiten in der Arbeitswelt unter Beweis zu stellen.



Bessere Kinderbetreuung und mehr frühkindliche Bildung

Programm „Familien mit Zukunft“ schafft flexiblere Angebote, mehr Qualität und Vernetzung

Flexiblere Angebote

- Bereitstellung verlässlicher, flexibler, bedarfsgerechter und altersübergreifender Betreuungsstrukturen (Tagespflege)
- Entwicklung neuer Betreuungsmodelle
- Tagespflege und ergänzende Angebote für besondere Zielgruppen (u. a. Kinder aus Migranten-Familien oder sozialen Brennpunkten)

Qualität und Vernetzung

- Einrichtung von Familien- und Kinderservicebüros als zentrale Koordinierungs- und Dienstleistungsstellen
- Förderung und Fortbildung einer bedarfsgerechten Anzahl von Tagespflegekräften
- Vernetzung des Betreuungsangebotes

Finanzierung

- Das Land stellt hierfür bis 2010 rd. 80 Mio. Euro zur Verfügung. Damit bieten wir Eltern größere Chancen, Familie und Beruf miteinander zu vereinbaren.



Mehr Kinderschutz in Niedersachsen

Frühe Hilfen

- Einsatz von „**Familienhebammen**“ zur Unterstützung von Schwangeren in Konfliktsituationen wird flächendeckend ausgedehnt.
- Das Land führt **Pilotprojekte** durch, z. B. das Pilotprojekt „Pro Kind“.
- Land fördert die Landesstelle Jugendschutz, die Landesgeschäftsstelle des Dt. Kinderschutzbundes, 52 Mütterzentren, Familienfreizeiten in Niedersachsen und 25 Familienbildungsstätten.

Zusammenarbeit

- Mit **den ersten zwei Niedersächsischen Kinderschutzkonferenzen** regelmäßiger und breiter Dialog mit zahlreichen Expertenverbänden begonnen.
- **Vier neue Koordinierungszentren Kinderschutz** an großen Klinikstandorten in Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Lüneburg stärken die Vernetzung.
- **Fortbildung** für Praktiker zu „**Kinderschutzfachkräften**“.

Öffentlichkeit

- Leitfaden für Ärzte zur Früherkennung von Gewalt gegen Kinder.



Bessere Startchancen in Gesellschaft, Ausbildung und Beruf: Projekte geben 245.000 Jugendlichen berufliche Perspektive

bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit

- Mit insgesamt **68 Mio. Euro** hat das Land einen Beitrag geleistet, um **185.000 jungen Menschen** mit fehlenden Schulabschlüssen, persönlichen oder sozialen Problemen eine Chance zu geben. Sie konnten in **Ausbildung, Beruf oder Qualifizierungsangebote** vermittelt werden.
- Durch die aufgelegten Landesprogramme konnten 82 Mio. Euro EU-Förderung (ESF) gesichert werden.
- Mit den **44 Pro-Aktiv-Centren (PACE)**, den **29 Regionalen Arbeitsstellen zur beruflichen Eingliederung junger Menschen in Niedersachsen (RAN)** sowie **106 Jugendwerkstätten** erhalten insbesondere benachteiligte Jugendliche Eingliederungshilfen sowie Förder- und Beratungsangebote aus einer Hand.



Bessere Startchancen in Gesellschaft, Ausbildung und Beruf: Projekte geben 245.000 Jugendlichen berufliche Perspektive

für Jugendliche aus schwierigen sozialen Verhältnissen

- Projekt **PRINT**: Mehr als 60.000 Jugendliche konnten durch **77 lokale Projekte** erreicht werden. Förderung durch das Land: 2 Mio. Euro seit 2001.
- Mit dem Nachfolgeprojekt Niedersächsische Kooperations- und Bildungsprojekte (**NiKo**) wird die Erziehungs- und Bildungspartnerschaft zwischen Jugendhilfe und Schule um den Bildungs- und Lernort erweitert. Gleichzeitig wird das Programm auch für Projekte der Gesundheitsprävention geöffnet.



Politik für Seniorinnen und Senioren: den demografischen Wandel als Chance begreifen

Leben im Alter aktiv und lebenswert gestalten

- Zusammen mit Kooperationspartnern haben wir die **Landesinitiative Niedersachsen generationengerechter Alltag (LINGA)** gegründet. Sie fördert und unterstützt die Entwicklung von Produkten und Dienstleistungen, die den Bedürfnissen der wachsenden Zahl älterer Menschen gerecht werden.
- Um älteren Menschen die Möglichkeit zu geben, ihre individuellen Lebenserfahrungen und Kompetenzen aus Familien- und Berufsleben für gesellschaftliche Aufgaben einzubringen, unterstützen wir ein Pilotprojekt **Freiwilliges Jahr für Senioren** in Hannover und Osnabrück.



Unsere Politik für Seniorinnen und Senioren: den demografischen Wandel als Chance begreifen

Zusammenhalt der Generationen stärken

- Als erstes Bundesland **Mehrgenerationenhäuser** eröffnet, um Begegnung und gegenseitige Unterstützung der Generationen zu fördern. Diese Einrichtungen sind offene Tagestreffpunkte für Jung und Alt, in denen vielfältige Aktivitäten und Serviceangebote möglich sind.
- Mit den **Leitlinien für eine moderne Seniorenpolitik in Niedersachsen** sind wir in einen gesellschaftlichen Dialog über die Herausforderungen und Chancen der Gesellschaft des langen Lebens eingetreten.
- Neue Wege in der **Wohnraumförderung**: Neben **Altenwohnungen** und neuen Wohnformen wie **ambulant betreuten Wohngemeinschaften** wird der **altengerechte Um- und Ausbau von Wohnraum** besonders gefördert.
Ziel: Die Selbstständigkeit im Alter so lange wie möglich erhalten.



Stärkung des Bürgerschaftlichen Engagements – für ein menschliches Miteinander:

Musterland beim Ehrenamt:

Niedersachsen ist mit 2,4 Mio. ehrenamtlich Tätigen Musterland des ehrenamtlichen Engagements. Damit liegen wir bundesweit mit Bayern auf dem dritten Platz.

Bessere Wahrnehmung für das Ehrenamt

- www.freiwilligenserver.de: Im Internet können Informationen über 30.000 Vereine, Selbsthilfegruppen und Initiativen aufgerufen werden.
- Mit dem Projekt **Engagement-Lotsen** helfen wir den Kommunen, die Strukturen für die ehrenamtliche Arbeit weiter zu stärken und zu entwickeln. Auf Kosten des Landes werden von den Kommunen ausgesuchte Persönlichkeiten qualifiziert, die neue Wege des bürgerschaftlichen Engagements gehen.
- Landesregierung lobt zusammen mit VGH Versicherungen und den niedersächsischen Sparkassen jedes Jahr den **Niedersächsischen Staatspreis für Bürgerengagement** aus.



Stärkung des Bürgerschaftlichen Engagements – für ein menschliches Miteinander:

Mehr Wertschätzung für das Ehrenamt

- **Versicherungsschutz für freiwillig Engagierte:** Als zweites Bundesland bestehende Lücken beim Versicherungsschutz geschlossen.
- In enger Kooperation mit den niedersächsischen Kommunen wird landesweite **Ehrenamtskarte** eingeführt.
- Seit November 2005 bieten wir einen **landesweiten Kompetenznachweis** an. Damit wird das freiwillige Engagement dokumentiert und die erworbenen Kenntnisse, Fertigkeiten und Qualifikationen werden sichtbar gemacht.



**Niedersächsisches Ministerium
für den ländlichen Raum, Ernährung,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz**



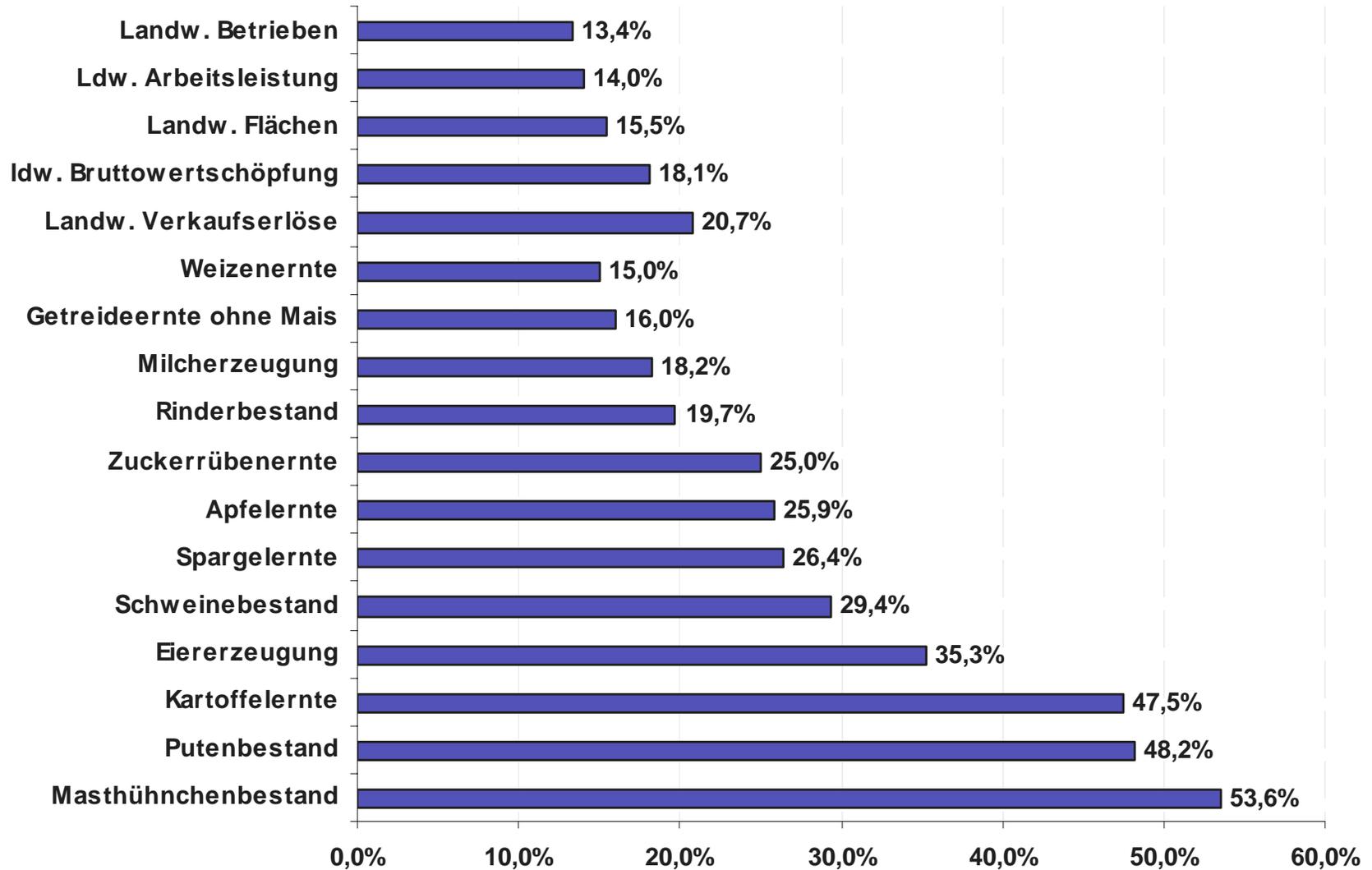
Weiterentwicklung der EU-Agrarpolitik aktiv begleitet

- Veränderte Agrarpolitik der EU wurde in Niedersachsen ab 2005 durch Vielzahl von Maßnahmen umgesetzt (z. B. Entkoppelung der Prämien von der Produktion).
- Zuckermarktordnung 2006: Weitgehende Reformvorschläge seitens der EU konnten auch durch niedersächsische Intervention deutlich zugunsten niedersächsischer Interessen abgeschwächt werden.
- Seit der Agrarreform werden jährlich über 900 Mio. Euro Direktzahlungen an 55.000 niedersächsische landwirtschaftliche Betriebe ausgezahlt. Damit wird ein wesentlicher Beitrag zur Stärkung der ländlichen Räume geleistet.

Niedersachsen Agrarland Nr. 1



Agrarstandort Niedersachsen 2005: Niedersächsische Anteile an Deutschlands:

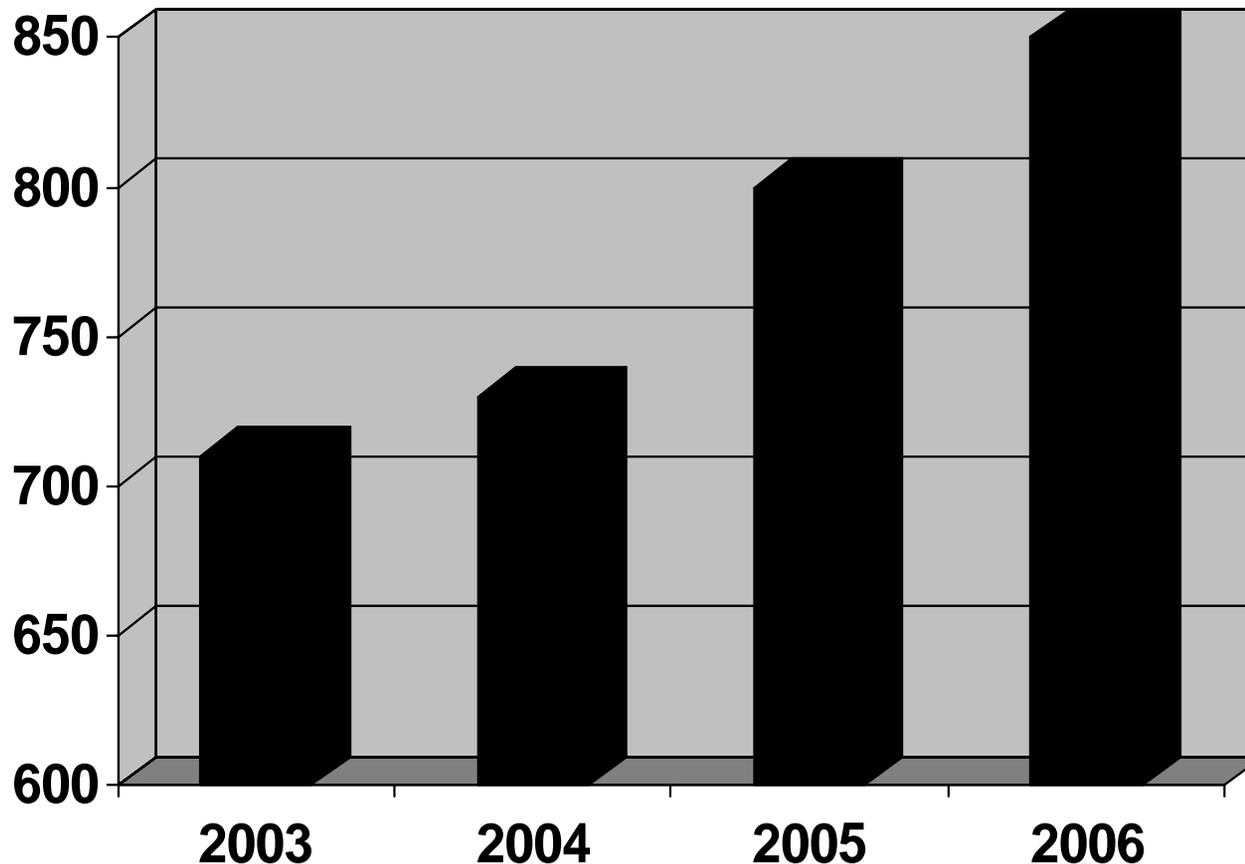




Flankierung der EU-Agrarreformen

Sicherung der Erzeugereinkommen durch ansteigende Direktzahlungen im Zuge der EU-Agrarreform und der Reform des EU-Zuckermarktes

Mio. Euro



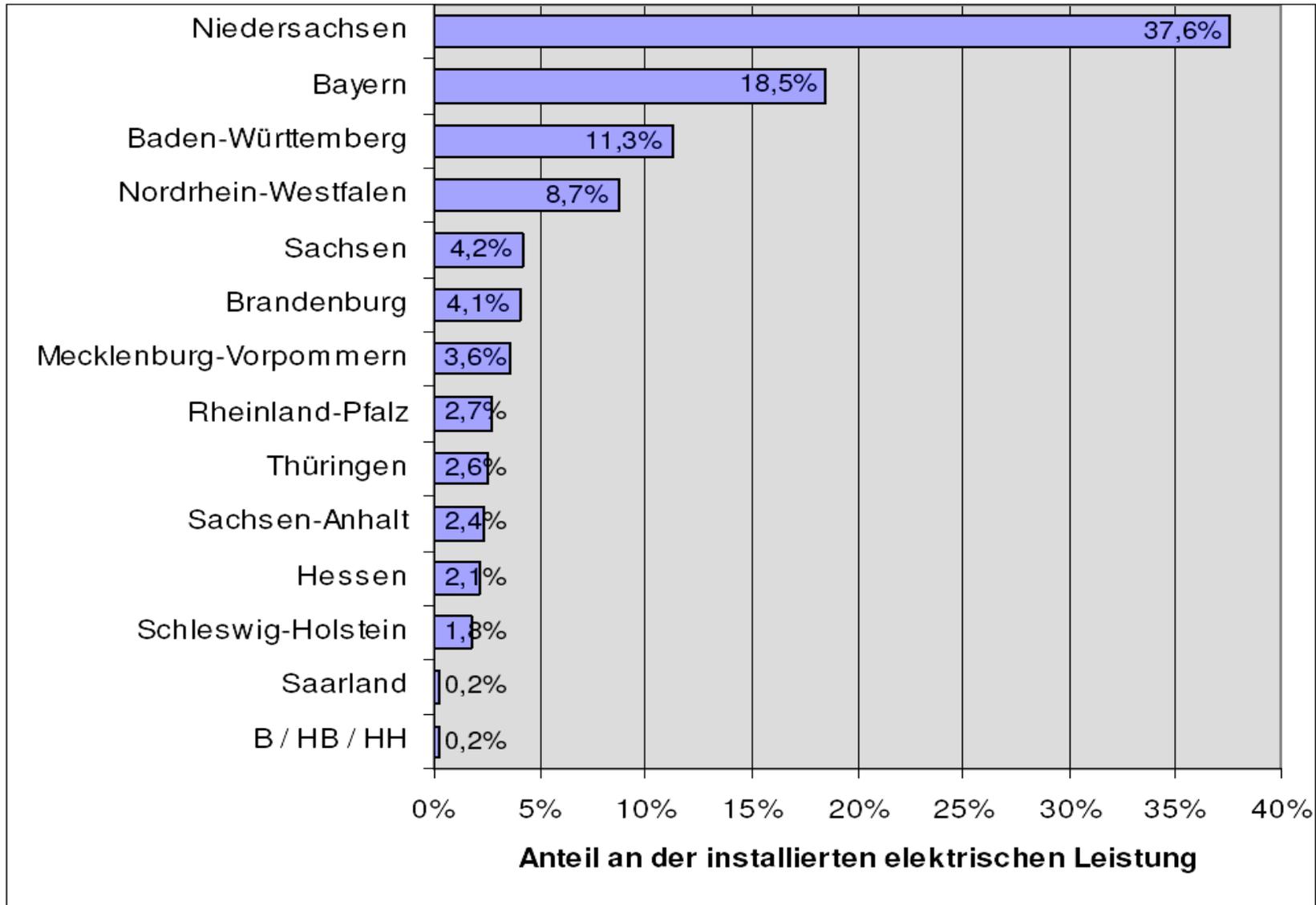


Niedersachsen erreicht Spitzenposition bei Bioenergie

- Seit 2004 wurden in Niedersachsen Biogasanlagen, Biomassekraftwerke und Biomasseheizungen mit einem Investitionsvolumen von über 1 Mrd. Euro überwiegend im ländlichen Raum errichtet. Mit rund einem Drittel der in Deutschland installierten elektrischen Leistung hat Niedersachsen beim **Biogas** mit großem Abstand die Spitzenposition in Deutschland und Europa inne.
- In Niedersachsen werden auf einer Fläche von 200.000 ha (entspricht rd. 11 % der niedersächsischen Ackerfläche) Pflanzen zur Herstellung von Biogas, Biodiesel und Bioethanol angebaut und etwa 2 Mio. Tonnen Holz zur Erzeugung von Wärme oder Strom eingesetzt.
- Das Land hat 2004 gemeinsam mit anderen öffentlichen Trägern und der niedersächsischen Wirtschaft das landesweite Kompetenzzentrum „Niedersachsen Netzwerk Nachwachsende Rohstoffe (3N)“ aufgebaut.



Biogas in Niedersachsen und D





Vernetzung der Behörden mit einem elektronischen Kommunikationssystem

- Elektronisches Kommunikationssystem „GeViN“ bildet Grundlage für sicheren und schnellen Informationsaustausch und damit schnelles Handeln von allen kommunalen Lebensmittelüberwachungs- und Veterinärbehörden und den Landesbehörden. System ermöglicht standardisierte Datenerfassung aller Überwachungsergebnisse in Form von elektronischen Betriebsakten.
- Die Leistungsfähigkeit des amtlichen Kontrollsystems für die Lebensmittel- und Futtermittelüberwachung in Niedersachsen wird damit entscheidend verbessert.

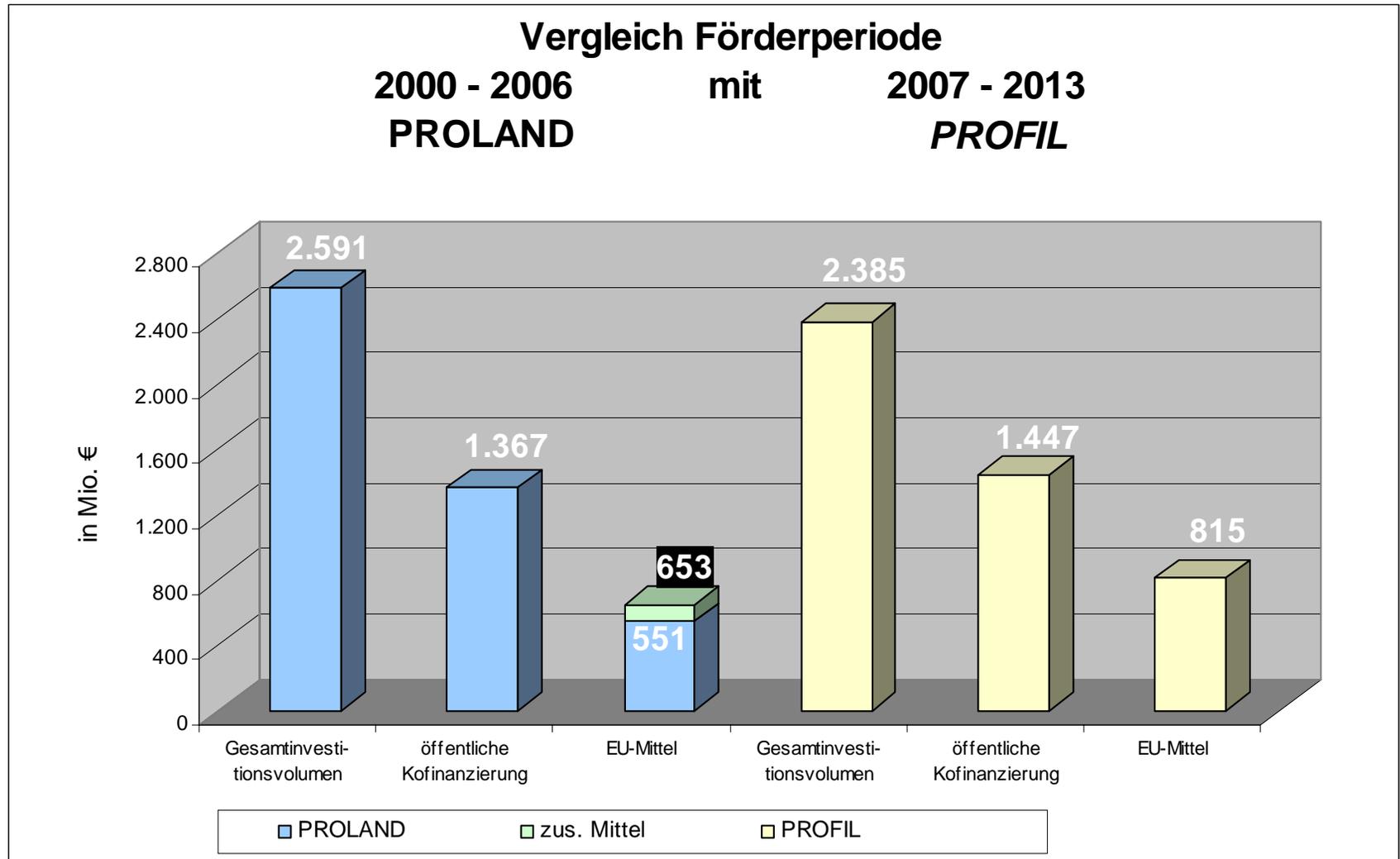


PROLAND / PROFIL

- Mit PROLAND stand in der Förderperiode 2000 – 2006 ein wirkungsvolles Programm zur Verfügung, das speziell für die Förderung der Landwirtschaft und des ländlichen Raumes in Niedersachsen entwickelt wurde.
- Die ursprünglich eingeplanten Haushaltsmittel der EU konnten durch zusätzliche, von anderen Mitgliedstaaten und Bundesländern nicht in Anspruch genommene Mittel in Höhe von 102 Mio. Euro deutlich aufgestockt werden.
- Insgesamt sind mit den Mitteln der EU und den nationalen Kofinanzierungsmitteln seit Beginn der Förderung im Jahr 2000 Ausgaben in Höhe von 1,37 Mrd. Euro getätigt worden, die ein Investitionsvolumen von 2,59 Mrd. Euro ausgelöst haben.
- Diese Erfolgsgeschichte soll nun durch das neue Programm zur Förderung im ländlichen Raum „**PROFIL**“ fortgeschrieben werden.
- Für ein breites Maßnahmenspektrum stehen bis 2013 EU-Mittel in Höhe von 815 Mio. Euro zur Verfügung und damit deutlich mehr als im vorangegangenen Förderzeitraum.



EU – Förderung im ländlichen Raum





Dorfentwicklung

- PROLAND: Mehr als 20.000 Projekte in Niedersachsen sind gefördert worden. 250 Mio. Euro wurden bereit gestellt. Damit wurden Investitionen von mehr als 650 Mio. Euro ausgelöst und zahlreiche Arbeitsplätze im ländlichen Raum gesichert. Mehr als 500 Dörfer konnten sich durch Maßnahmen zur Verbesserung der Wohn- und Arbeitsverhältnisse sowie der dörflichen Infrastruktur weiterentwickeln.
- Durch Projekte zur Erhaltung des Orts- und Landschaftsbildes, der Förderung des ländlichen Tourismus oder von Dienstleistungseinrichtungen wurde das Maßnahmenspektrum abgerundet.
- Neben der Förderung haben die Dorfentwicklungsplanung und die Einbeziehung der Bevölkerung in den Planungsprozess maßgeblich zum Erfolg beigetragen. Die intensive Einbeziehung der Bürger entspricht den Zielen, dem Bürger durch „weniger Staat“ wieder mehr Freiräume und Gestaltungsmöglichkeiten zu verschaffen und das bürgerschaftliche Engagement zu stärken.

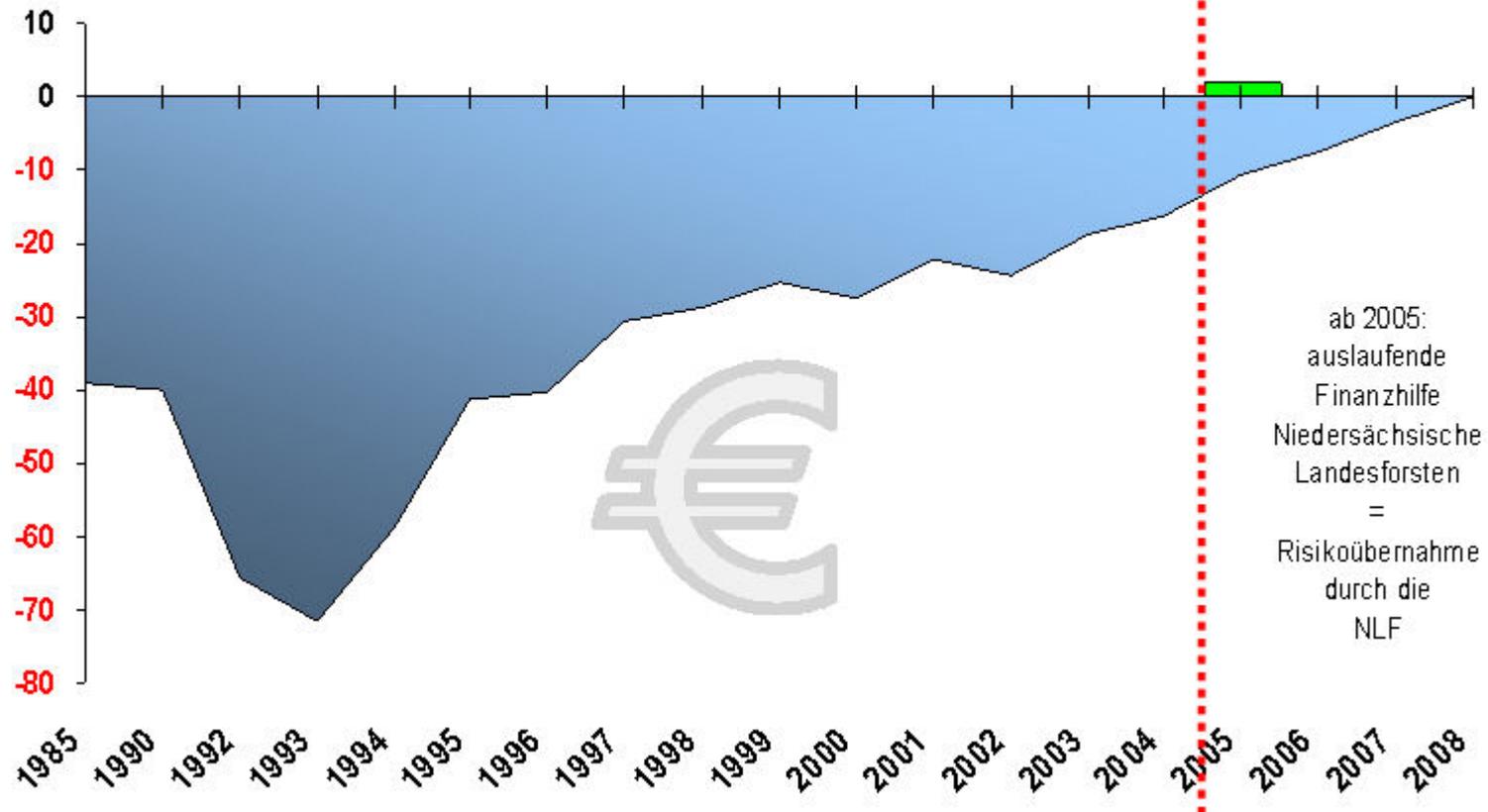


Erfolgskurs Niedersächsische Landesforsten

- Im Staatswald wurde mit der Ausgliederung der Niedersächsischen Landesforsten (NLF) im Januar 2005 aus der unmittelbaren Landesverwaltung und Gründung einer Anstalt öffentlichen Rechts ein Vorzeigeprojekt der niedersächsischen Verwaltungsreform gestartet.
- Das mit Gründung der NLF formulierte Ziel der Kostendeckung in 2008 wurde bereits zwei Jahre früher erreicht.
- Damit weisen die NLF in ihrer Bilanz für das Geschäftsjahr 2006 erstmalig seit 45 Jahren wieder einen Gewinn aus.

Erfolgskurs Nieders. Landesforsten

Mio. Euro



Bereits 2006 wurde, nach über 40 Jahren, die schwarze Null bei der Bewirtschaftung der Landesforsten erreicht.



Niedersächsisches Umweltministerium



Umweltpolitik mit „Bodenhaftung“ Umweltpolitik mit den und für die Menschen: Akzeptanz gestärkt

- **Nachhaltigkeit als Grundsatz**
 - Wirtschaftliche und soziale Belange werden in die Umweltpolitik einbezogen
 - Erarbeitung einer Nachhaltigkeitsstrategie
- **Kooperation statt Konfrontation: Nur mit den Menschen kann Naturschutz erfolgreich sein**
 - intensiver Dialog und Beteiligung (z.B. bei FFH-Verfahren)
 - Schwerpunkt Vertragsnaturschutz
- **Den Menschen die Natur wieder näher bringen**
 - Projekt „Natur erleben“, mit Unterstützung privater Stiftungen
 - Wiederaufnahme der Förderung der Naturparke

Nachhaltigkeitsstrategie des Landes

Landesregierung verfolgt eine umfassende Nachhaltigkeitsstrategie, die Ökologie, Ökonomie einschließlich Öffentliche Finanzen und Soziales umfasst:

- Neben den Belangen des Umwelt-, Klima- und Ressourcenschutzes werden auch die Gebote einer nachhaltigen Haushaltsführung, einer innovativen und ressourcenschonenden Investitionspolitik sowie einer geschlechter- und generationengerechten Politik umfassend berücksichtigt.
- Die Nachhaltigkeitsstrategie wird die Neuausrichtung ausgewählter Politikfelder aus sämtlichen Ressorts auf das Kriterium der Nachhaltigkeit darlegen.
- Es wird eine Rahmenvereinbarung zur „Niedersachsen-Allianz für Nachhaltigkeit“ zusammen mit den Organisationen der niedersächsischen Wirtschaft erarbeitet. Die „Niedersachsen-Allianz für Nachhaltigkeit“ wird an die Erfolge der bisher fünf Regierungskommissionen anknüpfen und hauptsächlich Themen des Umwelt- und Klimaschutzes behandeln.
- Ausgehend von den Erfolgen der 5. Nds. Regierungskommission hat die Landesregierung eine 6. Regierungskommission „Energie- und Ressourceneffizienz“ eingerichtet.
- Der Ausbau der Dialogstrukturen zwischen Wirtschaft und Umweltverwaltung und geeignete Konzepte und Strategien haben die Beschleunigung von staatlichen Zulassungs- und Genehmigungsverfahren als Ziel.



Wasserwirtschaft: kompetent und effizient

- **Schutz der Bevölkerung bei Sturmfluten und Hochwasser hat höchste Priorität:**
 - Grundsätze für den Küstenschutz modernisiert: mehr Wirtschaftlichkeit bei Wahrung der Belange des Naturschutzes erreicht.
 - Hohes Finanzvolumen für Küsten- und Hochwasserschutz insbes. auch an der Elbe zur Verfügung gestellt.
 - Aufstellung des Generalplans Küstenschutz für das niedersächsische Festland erstmals seit den 70er Jahren.
 - Sicherheitsreserve für künftigen Meeresspiegelanstieg bei der Bemessung der Hauptdeiche auf 50 cm verdoppelt.
- **Pilotprojekte zur Wasserrahmenrichtlinie setzen Maßstäbe zur Umsetzung der europäischen Wasserpolitik.**



Naturschutz zum Wohl von Mensch und Umwelt

- **Nationalparke im Harz zusammengeführt:** Erster Landesgrenzen überschreitender Nationalpark Deutschlands durch Staatsvertrag mit Sachsen-Anhalt geschaffen. Impulse für ein abgestimmtes Handeln und gemeinsam getragene Tourismusedwicklung.
- **Erfolge im Artenschutz:** Die Bestände vieler vom Aussterben bedrohter Tierarten, z. B. des Seeadlers, des Goldregenpfeifers oder des Luchses, haben sich in Niedersachsen erholt.
- **Natur Erleben in Niedersachsen:** Niedersachsen hat vielfältige Naturräume. Ein wichtiges Ziel der Landesregierung ist es, den natürlichen Reichtum zu fördern und einer Vielzahl von Menschen zugänglich und erlebbar zu machen. Hierzu wurde das Programm „Natur erleben in Niedersachsen“ entwickelt.
- **Förderung von Naturparks:** Mit der Neuausweisung des internationalen Naturparks Bourtanger Moor-Bargerveen sind inzwischen 13 Naturparke in Niedersachsen ausgewiesen. Diese 13 Naturparke werden wieder vom Land finanziell gefördert. Die Naturparke umfassen rund 20 Prozent der niedersächsischen Landesfläche.



Verantwortung für Energiepolitik und Klimaschutz übernommen

- **Niedersachsen setzt auf einen breiten, technologieoffenen Energiemix einschl. Erneuerbarer Energien und Kernkraft sowie auf die Steigerung der Energieeffizienz**
 - Umweltverträglichkeit, Preisgünstigkeit und Versorgungssicherheit sind gleichrangige Ziele
 - 2005: rd. 17 % des nds. Stromverbrauchs aus erneuerbaren Quellen
 - 2005: rd. 79 % des nds. Stromverbrauchs klimaschonend produziert, größtenteils mit Kernkraftwerken
 - Innovationsförderung: z.B. zum Einsatz von Brennstoffzellen, Energieeinsparung, Erneuerbare Energien
- **Landesregierung fordert schnelle Klärung der Endlagerung radioaktiver Abfälle**
 - Planfeststellung für das Endlager Konrad durch Bundesverwaltungsgericht bestätigt, Arbeiten zur Errichtung haben begonnen
 - Aufhebung des Moratoriums und zügiger Abschluss der Erkundung des Salzstockes Gorleben bleiben weiterhin gefordert



Klimaschutz braucht Kernenergie!

- Bis Wind, Sonne und Biomasse am Markt etabliert, konkurrenzfähig und für den Verbraucher bezahlbar sind, gibt es zur praktisch CO₂-freien Kernenergie keine Alternative, wenn die ehrgeizigen Ziele des Klimaschutzes erreicht werden sollen.
- Die Landesregierung tritt deshalb dafür ein, dass die Kernenergie den Zeitraum bis zur Verfügbarkeit der Alternativen überbrücken kann und die zulässige Betriebsdauer von Kernkraftwerken dabei ausschließlich an der Gewährleistung des höchstmöglichen Sicherheitsniveaus im Rahmen der Genehmigungen ausgerichtet wird.
- Die Landesregierung setzt sich deshalb dafür ein, dass die Sicherheit kerntechnischer Anlagen höchste Priorität genießt.



Bei den Erneuerbaren Energien sind wir Spitze!

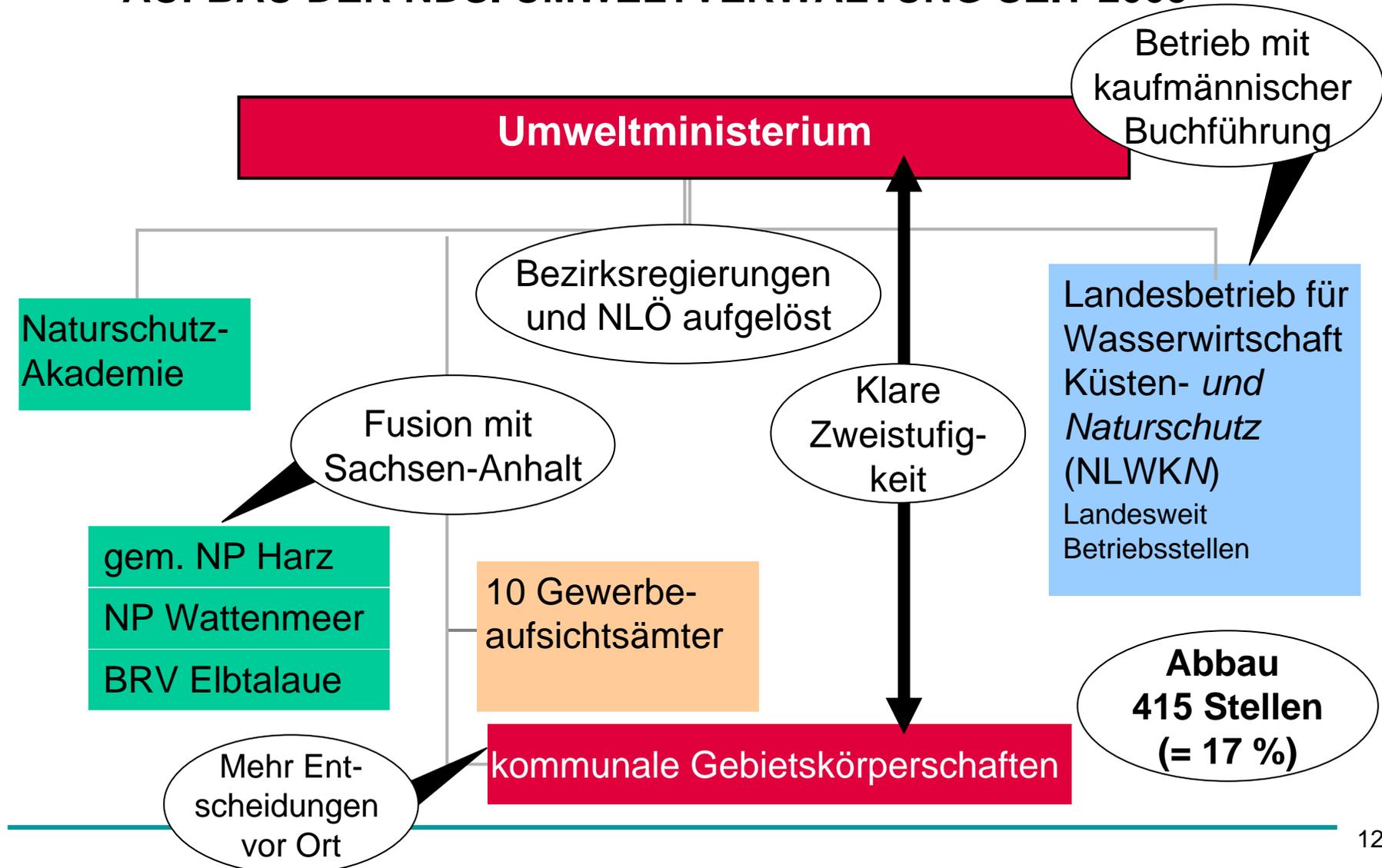
- Niedersachsen ist mit fast 6000 Megawatt das Windenergieland Nr.1 in Deutschland. Über 10 Mrd. Euro wurden hier in den letzten 10 Jahren investiert. Die beiden größten Windkrafthersteller haben ihren Sitz in Niedersachsen.
- Für den Ausbau der Offshore-Windenergie haben wir die Häfen Emden und Cuxhaven vorbereitet. Über die Norderneytrasse können über 3000 Megawatt ans Netz angeschlossen werden. Hier nutzen wir einen großen natürlichen Standortvorteil mit einem riesigen Wachstums- und Exportpotenzial.
- Niedersachsen hat zudem einen Spitzenplatz bei der Biogasgewinnung und bei der Stromerzeugung aus Biogas inne. Zurzeit sind in Niedersachsen rund 700 Biogasanlagen in Betrieb. Diese erzeugen fast 40% des Stroms aller Biogasanlagen in der Bundesrepublik Deutschland.
- Um eine flächendeckende Markteinführung für Biokraftstoffe zu erreichen, befasst sich Niedersachsen im Rahmen einer Wissenschaftskooperation mit der Volkswagen AG und den Bundesländern Brandenburg und Hessen mit Fragen zur Entwicklung einer Biomasseninfrastruktur, um so die Grundlage für eine großtechnische Produktion biogener Kraftstoffe (SunFuel) zu schaffen.



Die Umweltverwaltung wurde grundlegend modernisiert.

- Mehr Entscheidungen vor Ort und damit mehr Bürgernähe: Landkreise und Städte nehmen in Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips nun viele Aufgaben wahr, die zuvor beim Land angesiedelt waren (z.B. Ausweisung von Wasserschutz-, Überschwemmungs- und Naturschutzgebieten bei Sicherung von Natura 2000-Gebieten ab 2008).
- Auflösung des Landesamtes für Ökologie (NLÖ), Zusammenfassung von Theorie und Praxis im Niedersächsischen Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz.
- Die 10 Gewerbeaufsichtsämter sind nun die zentralen Ansprechpartner für Unternehmen.
- Aufhebung von rund 2/3 aller Verwaltungsvorschriften im Umweltbereich.
- Einsparung von 415 Stellen, davon Verlagerung von 81 Stellen (mit Kostenerstattung) auf die kommunale Ebene.

AUFBAU DER NDS. UMWELTVERWALTUNG SEIT 2005





Niedersächsisches Justizministerium

Justiz in Niedersachsen konsequent - schlank - zukunftsfähig

- Wir wollen
eine effektive Rechtspflege sicherstellen,
Bürokratie abbauen
und vor allem einen umfassenden Schutz
vor Straftaten bieten.
- Deshalb haben wir in den vergangenen Jahren die
Leistungsfähigkeit der Justiz kontinuierlich verbessert.



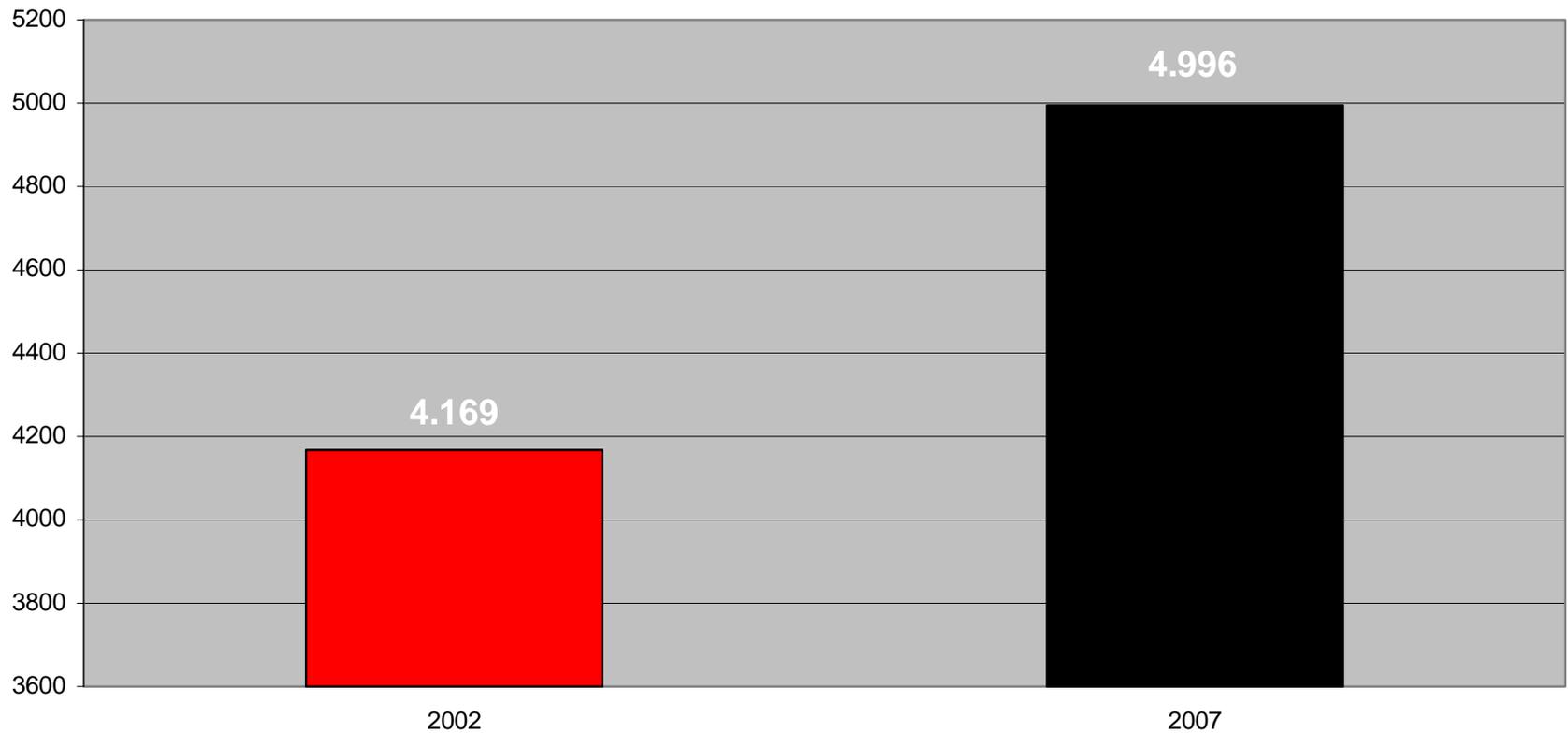
Sicherheit in sozialer Verantwortung

Einheitliches Vollzugskonzept

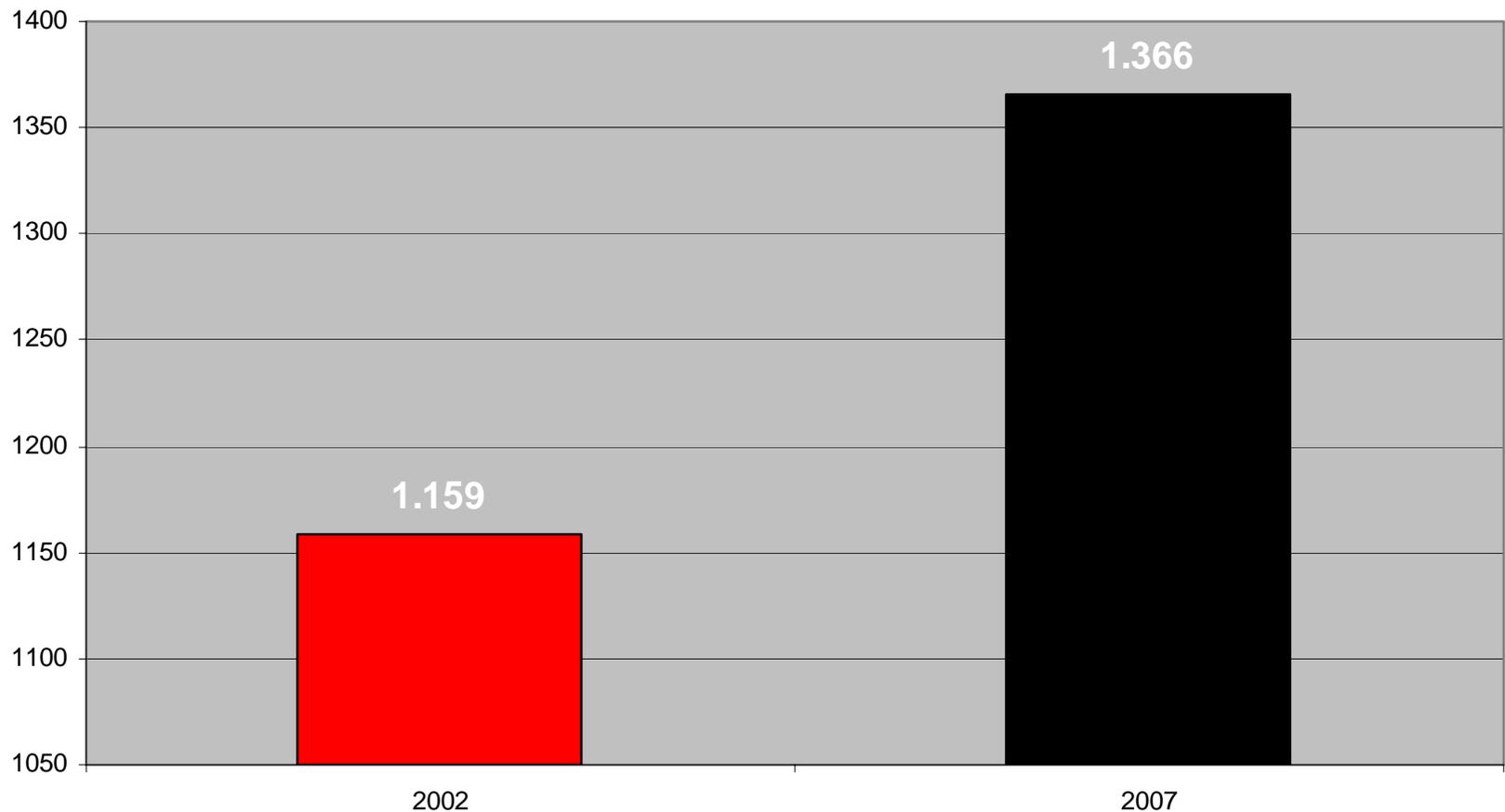
- Wir haben im Bereich des Justizvollzugs bereits im Jahr 2004 eine umfangreiche Bestandsaufnahme der Strukturen und Konzepte des Strafvollzugs in Niedersachsen durchgeführt und ein „Einheitliches Niedersächsisches Justizvollzugskonzept“ entwickelt.
- Unter anderem haben wir alle Anstalten entsprechend ihrer technischen Ausstattung in vier Sicherheitsstufen eingeteilt und besonders gefährliche Gefangene in die besonders gesicherten Haftanstalten Celle, Oldenburg, Sehnde und Rosdorf verlegt.
- Darüber hinaus haben wir die Verwaltungsstrukturen verschlankt und neue Schwerpunkte zur Beschäftigung der Gefangenen gesetzt.



Beschäftigungsplätze für Gefangene in nds. Justizvollzugsanstalten



Zahl der Aus- und Fortbildungsplätze für Gefangene in nds. Justizvollzugsanstalten





Justizvollzugsgesetz

- Wir haben als erstes Bundesland von der im Rahmen der Föderalismusreform auf die Länder übertragenen Gesetzgebungskompetenz für den Strafvollzug Gebrauch gemacht und den Entwurf für ein Niedersächsisches Justizvollzugsgesetz erarbeitet. Der Vollzug der Freiheitsstrafe für Erwachsene, der Jugendstrafvollzug und der Vollzug der Untersuchungshaft sollen erstmals in einem Gesetz geregelt werden.
- Wir wollen den Justizvollzug im Interesse der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger sicherer und effizienter gestalten.
- Das Niedersächsische Justizvollzugsgesetz soll der Niedersächsische Landtag 2007 verabschieden. Es soll am 01.01.2008 in Kraft treten.

Korruptionsbekämpfung

- Korruption ist eine ernsthafte Bedrohung für die Stabilität und Sicherheit unseres Staates, die wir nachhaltig und schlagkräftig bekämpfen. Wir haben 2007 ein flächendeckendes Netz von Schwerpunktstaatsanwaltschaften zur Korruptionsbekämpfung in Niedersachsen geschaffen.
- Eine wirksame Korruptionsbekämpfung erfordert Spezialisierung und Zentralisierung. Neben Hannover und Verden wird deshalb auch in Osnabrück und Braunschweig Fachwissen gebündelt.



Bekämpfung der Jugendkriminalität

- Die Justiz braucht eine größere Bandbreite an Sanktionen, um die Strafe fühlbar und auf den jeweiligen Angeklagten abgestimmt, anpassen zu können. Federführend haben wir deshalb im März 2006 im Rahmen einer Bundesratsinitiative ein Gesetz zur Verbesserung der Bekämpfung der Jugenddelinquenz in den Deutschen Bundestag eingebracht.
- Wir wollen die Einführung eines so genannten Warnschussarrestes, eine Erhöhung der Höchststrafe von 10 auf 15 Jahre und ein Fahrverbot, das unabhängig von der Deliktsart der abgeurteilten Tat verhängt werden kann.



Vorrangiges Jugendverfahren

- Gerade bei Jugendlichen ist es wichtig, dass die Strafe der Tat auch auf dem Fuße folgt. Sie empfinden die Strafe nur dann als Sanktion auf getanes Unrecht, wenn dieses Unrecht noch nicht lange zurückliegt. Daher haben wir die Förderung des vorrangigen Jugendverfahrens und seine Ausdehnung auf alle Amtsgerichte beschlossen, wodurch Verfahren gegen jugendliche Intensivtäter innerhalb von 6 Wochen abgeschlossen werden sollen.
- Das vereinfachte Jugendverfahren sieht insbesondere beschleunigte Bearbeitungsabläufe und eine engere Kooperation der Verfahrensbeteiligten vor.



Haftverbüßung von ausländischen Straftätern im Heimatland

- Auf maßgebliche Initiative Niedersachsens hat das Gesetz zur Änderung des Überstellungsausführungsgesetzes und des Gesetzes über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen am 24. November 2006 den Bundesrat passiert.
- Seit dem 1. August 2007 können deshalb verurteilte ausländische Straftäter auch ohne ihre Zustimmung zur Verbüßung der Strafe in ihr Heimatland überstellt werden.



Opferschutz vor Täterschutz

- **Erweiterung der Auskunftsansprüche für Opfer**

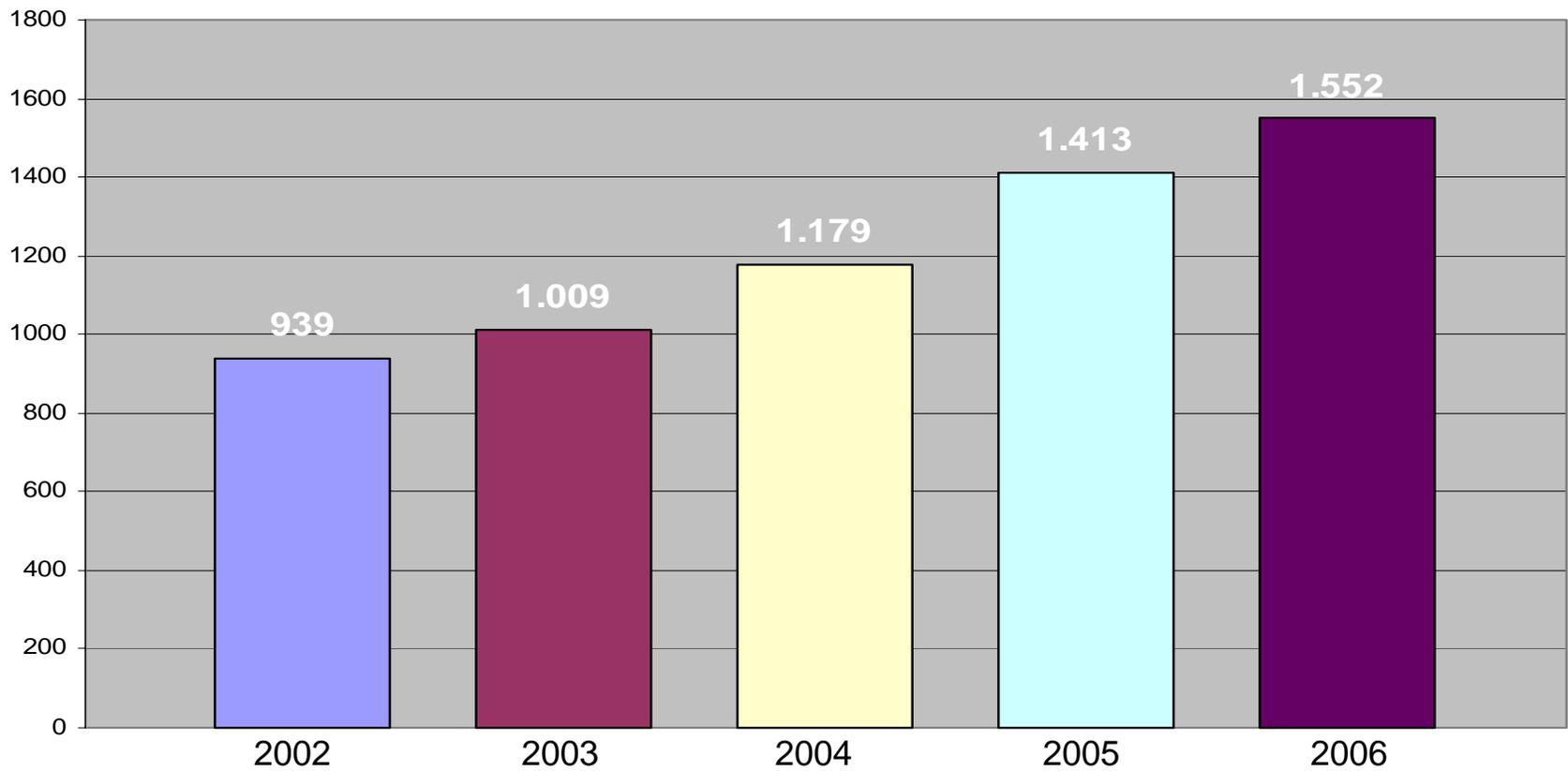
Wir werden mit unserem Entwurf für ein Niedersächsisches Vollzugsgesetz die Auskunftsansprüche der Opfer schwererer Gewalttaten erweitern. Nach dem Gesetzentwurf sollen dem Opfer Informationen über die Entlassung und Vollzugslockerungen des Täters zur Verfügung gestellt werden.

- **Stiftung Opferhilfe**

Darüber hinaus bieten wir den Opfern von Straftaten über die Stiftung Opferhilfe weitere Beratung, psychosoziale Hilfe und auch materielle Unterstützung an. Die Zahl der durch die Stiftung Opferhilfe betreuten Opfer steigt stetig. Während sie im Jahr 2002 noch bei 939 lag, konnten wir die Zahl der betreuten Opfer um mehr als 65 % auf 1.552 im Jahr 2006 steigern. Dies ist eine besondere Leistung, da die Stiftung inzwischen ohne Zuwendungen aus dem Landeshaushalt arbeitet. Insgesamt wurden von 2003 bis 2005 rund 775.000 Euro an Opfer ausgezahlt.



Anzahl der betreuten Opfer



Moderne und optimierte Arbeitsabläufe

Sicherung der Leistungsfähigkeit der Justiz

- Vorhandene Ressourcen in der Justiz sind optimal einzusetzen, um im Interesse der Bürgerinnen und Bürger und der Wirtschaft für schnelle, klare, transparente und entbürokratisierte Verfahrensabläufe zu sorgen.
- Auf maßgebliche Initiative Niedersachsens haben die Landesjustizministerinnen und Justizminister am 25. November 2004 Maßnahmen zur Erreichung dieses Zieles beschlossen.
- Im Bundesrat wurden entsprechende Gesetzesänderungen beschlossen, wie z. B. die Zusammenfassung von Gerichtsbarkeiten oder die Reform des Gerichtsvollzieherwesens.
- Außerdem haben grundlegende Reformansätze Eingang in die Koalitionsvereinbarung auf Bundesebene gefunden. Dies ist besonders wichtig, weil der Bund vielfach die Kompetenz zur Umsetzung der Ideen und Beschlüsse hat.



Außergerichtliche Streitbeilegung fördern

- Auf Initiative Niedersachsens haben die Justizministerinnen und Justizminister im Juni 2005 die Förderung der außergerichtlichen Streitbeilegung ausdrücklich als vorrangiges justizpolitisches Ziel festgeschrieben.
- Die Fraktionen von CDU und FDP haben im April 2007 den Entwurf für ein Niedersächsisches Mediationsgesetz in den Landtag eingebracht, in dem Rahmenbedingungen des Mediationsverfahrens, eine Form der Streitbeilegung, und Qualitätsstandards für Mediatoren festgelegt werden.
- Darüber hinaus veranstalten wir seit 2004 erfolgreich einen Konfliktmanagementkongress und haben im Dezember 2006 erstmals auch Seminare für Referendare zur „Kommunikation und Mediation im Berufsalltag“ angeboten.



Zentrales Mahngericht

- Wir haben die gerichtlichen Mahnverfahren bei dem Zentralen Mahngericht in Uelzen automatisiert.
- Seit dem 1. September 2005 werden alle Mahnverfahren aus ganz Niedersachsen in Uelzen zentral und taggenau bearbeitet. Durch die Verlagerung des Zentralen Mahngerichts von Hannover nach Uelzen haben wir den strukturschwachen ländlichen Raum gestärkt.



Qualitätsmanagement

- Wir haben erfolgreich ein flächendeckendes Qualitätsmanagement zur Optimierung von Arbeitsabläufen und Geschäftsprozessen für die Gerichte und Staatsanwaltschaften eingeführt. Wir wollen vom Besten lernen und die optimale Gestaltung für jedes Verfahren ermitteln (best-practice).

Moderner IT-Betrieb

- Der gesellschaftliche und technologische Wandel erfordert auch von der Justiz Veränderungen, um staatliche Aufgaben effizient, service-orientiert und in hoher Qualität zu erfüllen. Wir statten deshalb bis Ende 2008 sämtliche 15.000 IT-Arbeitsplätze in den Gerichten, Staatsanwaltschaften und Justizvollzugsbehörden Niedersachsens mit dem modernsten Betriebssystem Windows Vista aus.
- Darüber hinaus zentralisieren wir die IT-Infrastruktur. Wir richten ein Technisches Betriebszentrum beim Oberlandesgericht Celle mit ca. 70 IT-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und einen zentralen Service-Desk mit ca. 40 Bediensteten in Wildeshausen ein. Diese werden sämtliche Justizbedienstete bei allen Fragen und Problemen mit der IT betreuen.



Elektronischer Rechtsverkehr

- Wir haben die Kommunikation zwischen den Gerichten und den rechtsuchenden Bürgerinnen und Bürgern vereinfacht und beschleunigt.
- Wir haben den elektronischen Rechtsverkehr beim Amtsgericht Westerstede in Familiensachen eröffnet und im Sommer 2006 auf das Obergerverwaltungsgericht und das Verwaltungsgericht Lüneburg und das Arbeitsgericht in Emden ausgeweitet.
- Darüber hinaus ist in Niedersachsen seit Anfang 2007 das Einreichen von Anträgen und Dokumenten zum Handels-, Genossenschafts- und Partnerschaftsregister in elektronischer Form möglich.



Neuorganisation des Gerichtsvollzieherwesens

- Wir haben uns im Interesse der Bürgerinnen und Bürger und der Wirtschaft für eine zügigere Zwangsvollstreckung eingesetzt. Wir wollen die Vollstreckung nicht mehr durch Beamte, sondern durch Private erledigen lassen, die in einem gewissen Wettbewerb auf eigene Rechnung tätig werden. Dadurch erhöhen wir die Leistungsanreize für Gerichtsvollzieher und Gläubiger kommen schneller an ihr Geld.
- Niedersachsen, Baden-Württemberg, Hessen und Mecklenburg-Vorpommern haben deshalb einen gemeinsamen Gesetzentwurf zur Umgestaltung des Gerichtsvollzieherwesens erarbeitet, der im Mai 2007 mit breiter Mehrheit den Bundesrat passiert hat.

Public Private Partnership im Justizvollzug

- Die Landesregierung hat bereits im Jahr 2005 als einen ganz wesentlichen Baustein der Verwaltungsmodernisierung die Durchführung eines sog. PPP-Modells für die öffentliche Verwaltung beschlossen.
- Mit Unterstützung der Fraktionen von CDU und FDP ist es gelungen, die Realisierung eines solchen Modells im Justizvollzug für das Jahr 2007 in Angriff zu nehmen. Als Ersatz für kleine und unwirtschaftliche Vollzugseinrichtungen planen wir den **privaten Bau und den teilprivatisierten Betrieb einer Justizvollzugsanstalt auf dem Gelände einer ehemaligen Kaserne in Bremervörde**. Bis 2012 sollen dort rund 300 Haftplätze im geschlossenen und offenen Männervollzug entstehen. Mit diesem Projekt betreiben wir zudem Wirtschaftsförderung und stärken den ländlichen Raum.

